

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete	1
In Deutschland mehr Vorbehalte gegenüber älteren Arbeitnehmern	7
Neuerscheinungen aus der Sozialberichterstattung	11
Neue Webadressen	12
Zu jung, zu alt – wenn das Alter zum Problem wird	13
Call for Papers: 9th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies	16

Wohnen in Deutschland: Teuer, komfortabel und meist zur Miete

Analysen zur Wohnsituation und Wohnqualität im europäischen Vergleich

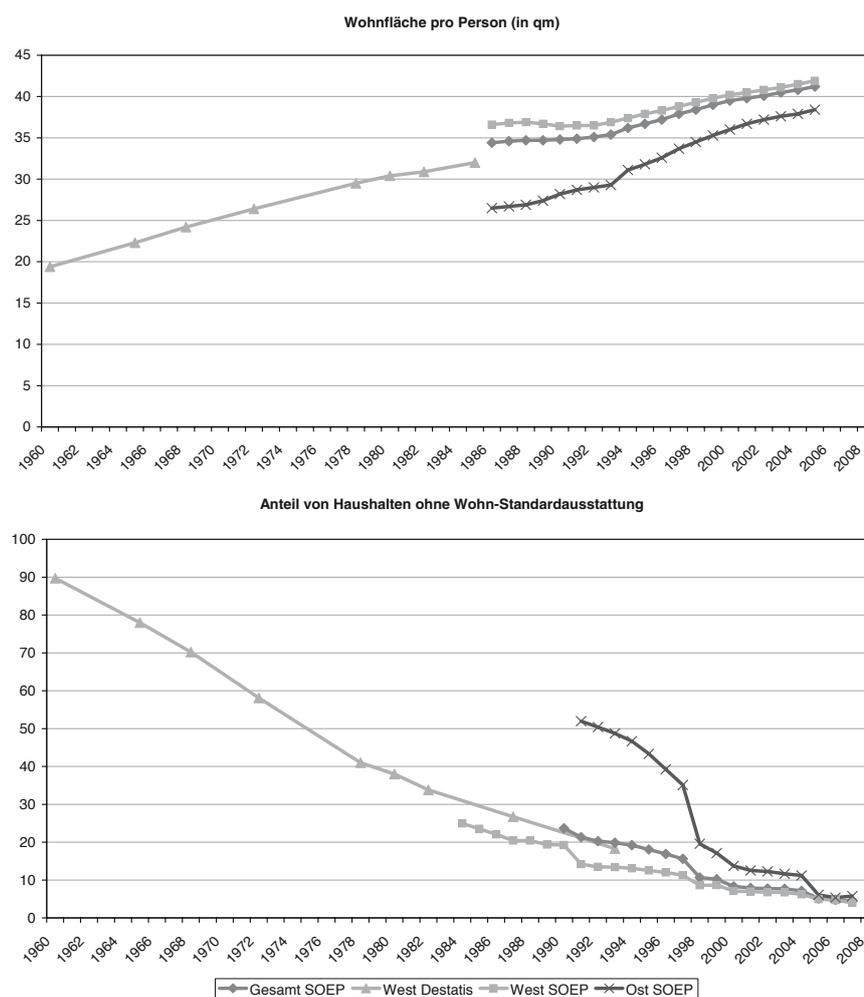
Der Anspruch auf ausreichenden Wohnraum und angemessene Wohnbedingungen zählt zu den Grundbedürfnissen und essentiellen Aspekten der Wohlfahrt und Lebensqualität, deren Sicherung in modernen Gesellschaften nicht zuletzt auch zu den wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben zählt.¹ Der Staat greift nicht nur regulierend – z.B. durch den Erlass von Standards und Vorschriften – in den Wohnungsmarkt ein, sondern tritt auch als Förderer des privaten Wohnungsbaus oder gar Initiator eigener Wohnungsbauprogramme auf, um die Wohnungsversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Nachdem der soziale Wohnungsbau und die Förderung des Wohneigentums in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur in der durch allgemeine „Wohnungsnot“ geprägten Nachkriegszeit, sondern auch in den nachfolgenden Jahrzehnten eine tragende Rolle gespielt haben, hat sich der Staat aus dieser Verantwortung mittlerweile weitgehend zurückgezogen und das Feld primär dem Markt und der Eigeninitiative der Bürger überlassen. Der vorliegende Beitrag untersucht, wie sich die Wohnungsversorgung und Wohnqualität in Deutschland entwickelt haben und wie sie sich im Vergleich mit den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union derzeit darstellen. Der Beitrag stützt sich dabei für den internationalen Vergleich überwiegend auf die Mikrodaten der „Community Statistics of Income and Living Conditions“ (EU-SILC) für das Jahr 2006, die der Wissenschaft seit Kurzem zur Verfügung stehen. Ergänzend dazu werden die Zeitreihendaten des Systems sozialer Indikatoren² herangezogen, um den zeitlichen Wandel in Deutschland nachzuzeichnen.

Enorme Verbesserung der Wohnqualität in West und Ost

Betrachtet man zunächst, wie sich die Wohnverhältnisse in Deutschland im Zeitverlauf entwickelt haben, sind drastische Verbesserungen der Versorgungslage und Wohnqualität festzustellen (Grafik 1). Dabei stellt sich allerdings die Situation und Entwicklung in West und Ost, bedingt durch die früher unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, sehr verschieden dar. In Westdeutschland hat sich die an der Relation der Anzahl von Haushalten und Wohnungen gemessene Wohnungsversorgung – trotz einer Tendenz zur Verringerung der Haushaltsgrößen und steigender Haushaltszahlen – stetig verbessert, und die früher verbreitete Wohnungsknappheit wurde weitgehend überwunden, zum Teil sogar ins Gegenteil verkehrt. Dabei sind allerdings erhebliche regionale Unterschiede festzustellen.

Mindestens so eindrucksvoll wie die Entwicklung der quantitativen Versorgungslage sind die im Zeitverlauf zu beobachtenden Verbesserungen der Wohnqualität. So hat sich die Zahl der Wohnräume pro Person in Westdeutschland von nur 0,9 im Jahr 1950 über 1,0 am Ende der 1950er Jahre und 1,5 am Beginn der 1970er Jahre auf nunmehr 2,1 erhöht. Das bedeutet, dass gegenwärtig jeder Person rechnerisch im Durchschnitt mehr als zwei Räume zur Verfügung stehen. Ähnlich rasant hat sich auch die auf jede Person im Durchschnitt entfallende Wohnfläche erhöht: Standen 1960 in Westdeutschland pro Person noch lediglich 19 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, waren es 1980 bereits 30 und gegenwärtig sind es 42 Quadratmeter. Neben der Wohnungsgröße haben sich in den vergangenen fünfzig Jahren aber insbesondere auch Komfort und Ausstattungsmerkmale der Wohnungen verändert und entscheidend zur Verbesserung der Wohnqualität beigetragen. So

Grafik 1: Entwicklung der Wohnqualität in Deutschland, 1960-2006



Datenbasis: System sozialer Indikatoren der Bundesrepublik Deutschland

mag aus heutiger Sicht überraschen, dass 1960 noch 90% aller Wohnungen in der früheren Bundesrepublik nicht über eine inzwischen als Standard geltende Ausstattung, d.h. ein Bad, (Innen-)WC und Sammelheizung, verfügten. Dieser Anteil ist im Laufe der Zeit sukzessive gesunken, auf 38% im Jahr 1980 und 18% 1993. Gegenwärtig entsprechen in Westdeutschland nur noch ca. 5% der Wohnungen nicht einem so definierten Mindeststandard.³ Erstaunlich gering ist dagegen die Zunahme des Wohneigentums: Über den mehr als fünf Jahrzehnte reichenden Zeitraum von 1950 bis 2006 ist die Eigentümerquote in Westdeutschland lediglich um sechs Prozentpunkte von 39 auf 45 Prozent gestiegen.⁴ Die Beobachtung, dass die Zunahme des Wohneigentums in Deutschland weit hinter der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zurückbleibt, deutet darauf hin, dass der Immobilienerwerb in diesem Land nicht nur von den ökonomischen Möglichkeiten, sondern einer Vielzahl von anderen Faktoren bestimmt wird.

In Ostdeutschland war die Versorgung mit Wohnraum ebenso wie die Wohnqualität zu Zeiten der früheren DDR deutlich schlechter als in Westdeutschland. 1986 kamen in der damaligen DDR 1,6 Wohnräume auf eine Person gegenüber 1,9 in Westdeutschland,

und die pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche betrug 27 Quadratmeter im Osten gegenüber 37 Quadratmeter im Westen. Noch 1993 verfügte in den neuen Bundesländern mit 46% fast die Hälfte der Wohnungen nicht über eine Standardausstattung gegenüber 18% in den alten Bundesländern. Seit der Vereinigung haben sich die Wohnverhältnisse in Ostdeutschland jedoch – nicht zuletzt auch infolge von umfassenden öffentlichen Sanierungs- und Modernisierungsprogrammen – in kurzer Zeit enorm verbessert und entsprechen inzwischen überwiegend den westdeutschen Standards, auch wenn die durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche noch etwas hinter dem in Westdeutschland erreichten Niveau zurückbleibt. Anders als in Westdeutschland ist die Eigentümerquote in Ostdeutschland in dem vergleichsweise kurzen Zeitraum von 1993 bis 2002 von 26 auf 34% gestiegen, in den nachfolgenden Jahren jedoch wieder leicht gesunken (2006: 31%). Der zwischen 1993 und 2002 zu beobachtende Anstieg ist unter anderem auch auf die Privatisierung ehemals ‚volkseigener‘ bzw. kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen zurückzuführen.

Insgesamt gehören die Wohnverhältnisse damit zweifellos zu den Bereichen des Lebens, in denen die Deutschen im Verlauf der Zeit die

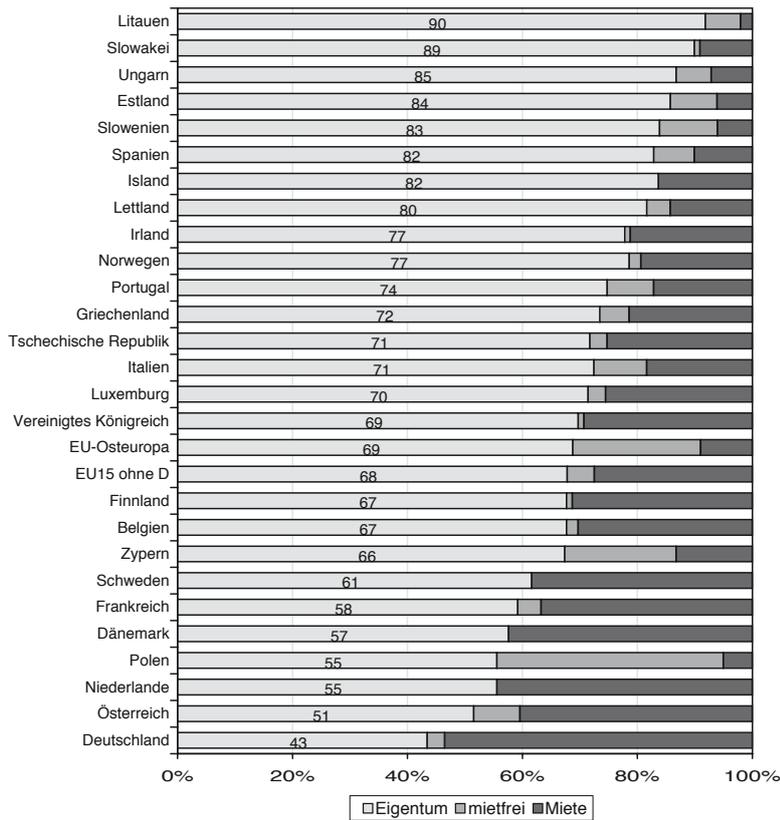
größten Wohlfahrtsgewinne erzielt haben. Die Verbesserung der Wohnqualität der Bürger in den ostdeutschen Bundesländern zählt zudem zu den besonders erfolgreichen Aspekten der gesellschaftlichen Transformation nach der Wiedervereinigung.

Wie stellt sich nun die Wohnsituation und -qualität der Deutschen im Vergleich zu den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union dar?⁵ Die nachfolgende europäisch vergleichende Analyse der Wohnverhältnisse stützt sich auf die Daten des EU-SILC aus dem Jahr 2006⁶, das Informationen zu verschiedenen Merkmalen der Wohnsituation umfasst. Im Vordergrund steht dabei eine auf die Identifizierung von „sub-standard housing conditions“ ausgerichtete Erhebungsperspektive, die sich insbesondere an den Empfehlungen der sogenannten Atkinson-Kommission (Atkinson et al. 2002) orientiert. Der vorliegende Beitrag betrachtet ausgewählte Indikatoren zu Aspekten des Wohnstatus, der Wohnungsgröße und -qualität sowie des Wohnumfelds im Hinblick auf Länderunterschiede, aber auch Zusammenhänge mit verschiedenen sozio-ökonomischen Merkmalen von Personen und Haushalten. In die Analyse gehen die derzeitigen Mitgliedsländer der Europäischen Union mit Ausnahme von Bulgarien, Malta und Rumänien ein. Sofern nicht sämtliche einzelnen Länder betrachtet werden, wird für die nachfolgenden Analysen vielfach auch eine Klassifikation verwendet, die neben Deutschland lediglich zwei Kategorien ausweist: die EU-15-Länder ohne Deutschland sowie die im Rahmen der Osterweiterung der EU neu hinzugekommenen Mitgliedsländer in Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Ungarn).

Die in die Betrachtung einbezogenen europäischen Länder unterscheiden sich nicht nur in ihrem allgemeinen Wohlstandsniveau, sondern sie weisen auch vielfältige Besonderheiten im Hinblick auf den Wohnungssektor auf, die hier jedoch nicht im Detail untersucht werden können.⁷ Dazu gehören z.B. Merkmale des Wohnungs- und Immobilienmarktes, staatliche Regulierungen und Fördermaßnahmen zum Erwerb von Wohneigentum und der Gebäudesanierung, Wohnungsbauprogramme, Bau- und Grundstückspreise, städtebauliche Traditionen und nicht zuletzt auch spezifische „Wohnkulturen“ – Faktoren, die sich allesamt in den vorgefundenen Strukturen sowie den jeweiligen individuellen Wohnverhältnissen niederschlagen können.

Ein grundlegendes Merkmal mit vielfältigen Implikationen für die individuelle Wohnsituation ist der Wohnstatus, d.h. die Frage, ob Haushalte Eigentümer oder Mieter der von ihnen genutzten Wohnung oder des bewohnten Hauses sind. Wohneigentum bietet nicht nur Sicherheit vor Kündigungen und größere Möglichkeiten einer an den eigenen Bedürfnissen orientierten Gestaltung des eigenen Heims, sondern dient vielfach auch der Vermögensbildung und finanziellen Absicherung im Alter.

Grafik 2: Haushalte nach Wohnstatus in Europa, 2006



Datenbasis: EU-SILC 2006

Andererseits kann der Immobilienerwerb auch eine erhebliche finanzielle Belastung oder gar Überforderung darstellen, wie sich in manchen Ländern z.B. auch in der aktuellen Finanzkrise gezeigt hat. Das Wohnen zur Miete bindet zudem nicht nur weniger Kapital, es stellt auch ein deutlich geringeres Mobilitätshindernis bei beruflichen oder privaten Veränderungen dar und kann daher eine attraktive Alternative zum Erwerb von Wohneigentum bieten. Voraussetzung dafür ist jedoch ein funktionierender Mietwohnungsmarkt.

Geringer Eigentümeranteil in Deutschland einzigartig in Europa

Wie aus Grafik 2 hervorgeht, nimmt Deutschland mit einem Eigentümeranteil von lediglich 43% der Haushalte im europäischen Vergleich eine absolute Sonderstellung ein.⁸ Bei einem Mieteranteil von 53% aller Haushalte, hat kein anderes Land in Europa einen auch nur annähernd ähnlich großen Mietwohnungssektor wie Deutschland.⁹ Die übrigen EU-15-Länder kommen auf eine durchschnittliche Eigentümerquote von 68% sowie einen Mieteranteil von nur 28% der Haushalte. Noch größer sind die Unterschiede zu den osteuropäischen Beitrittsländern mit einer durchschnittlichen Eigentümerquote von 69%, aber einem Mieteranteil von weniger als 10%. Mit 3% lebt in Deutschland nur ein geringer Anteil der Haushalte ‚mietfrei‘ ohne Eigentümer zu sein, z.B. im Haus oder in der Wohnung der Eltern oder der Kinder. Auch in den übrigen EU-15-Ländern ist dieser Anteil kaum höher als

in Deutschland, aber in den osteuropäischen EU-Ländern betrifft dieser Wohnstatus mit 22% fast jeden vierten Haushalt und ist vor allem in Polen weit verbreitet. Dabei spielen möglicherweise auch vom Arbeitgeber unentgeltlich bereitgestellte Wohnungen eine Rolle. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass es sich bei dem ‚mietfrei‘ wohnenden Personenkreis nicht nur in den osteuropäischen Ländern überdurchschnittlich häufig um ältere (über 65) und jüngere (unter 30) alleinstehende Personen handelt, in Osteuropa zudem vielfach auch um Alleinerziehende mit Kindern und – überraschenderweise – keineswegs nur einkommensschwache Haushalte.

Ob die Haushalte eher Mieter oder Eigentümer der genutzten Wohnung oder des bewohnten Hauses sind, hängt in der Regel nicht nur mit dem Haushaltseinkommen, sondern auch mit dem Haushaltstyp, der Haushaltsgröße und den Merkmalen des Wohnorts zusammen (Tabelle 1). Die Wahrscheinlichkeit Wohnungs- bzw. Hauseigentümer zu sein, steigt mit dem Haushaltseinkommen und der Haushaltsgröße und ist in ländlichen bzw. wenig verdichteten Räumen höher als in den Städten. Sie ist zudem für Paar- und Familienhaushalte zumeist höher als für Alleinstehende. Diese Zusammenhänge stellen sich in Deutschland ähnlich dar wie in den übrigen EU-15-Ländern. Allerdings spielt die Haushaltsgröße – und damit der Bedarf an Wohnraum – hierzulande eine größere Rolle, und das Leben in hoch verdichteten Räumen steht dem Besitz von Wohneigentum anscheinend stärker entgegen als das

in den anderen Ländern der Fall ist. Diese Besonderheiten sind nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass es in Deutschland mit einem breiten Mietwohnungsangebot – nicht nur für einkommensschwächere Haushalte – attraktive Alternativen zum Erwerb von Wohneigentum gibt.

Die in vielerlei Hinsicht von den EU-15-Ländern abweichenden Wohnverhältnisse in den osteuropäischen Ländern sind teilweise noch als Erbe der sozialistischen Vergangenheit zu betrachten, aber auch auf spezifische Entwicklungen im Zuge der Transformation der ehemals staatssozialistischen Planwirtschaften in marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssysteme zurückzuführen.¹⁰ So ist die hohe Eigentümerquote in diesen Ländern vor allem das Ergebnis einer weitgehenden Privatisierung des ehemals staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbestandes durch Verkauf an die Wohnungsinhaber, vielfach unterhalb des Marktwertes. Dieser Umstand erklärt auch, warum der Besitz von Wohneigentum in den osteuropäischen Ländern weit weniger einkommensabhängig ist als im restlichen Europa.

Deutsche wohnen zumeist in kleineren Mehrfamilienhäusern

Für die individuelle Wohnqualität sind über den Wohnstatus hinaus vor allem die Art des Gebäudes, Größe, Zustand und Ausstattung der genutzten Wohnung bzw. des bewohnten Hauses, aber nicht zuletzt auch Charakteristika der Wohnumgebung von Bedeutung. Die Informationen über die Art der bewohnten Gebäude und die damit einhergehende Struktur des Wohnungsbestandes lassen im Vergleich der Länder und Ländergruppen typische Muster erkennen (Grafik 3): Die am häufigsten vorkommende – und insofern typische – Wohnform der Deutschen ist die Wohnung in einem Mehrfamilienhaus mit weniger als zehn Wohnungen: In diesem Gebäudetyp leben mehr als 40 Prozent aller Haushalte, ein Viertel der Haushalte lebt in einer Wohnung in einem Haus mit zehn oder mehr Wohnungen und weitere 35% in einem Einfamilienhaus.¹¹ In den übrigen EU-15-Ländern ist das Wohnen im Einfamilienhaus, in dem 60% aller Haushalte leben, die am weitesten verbreitete Wohnform. Auf Mehrfamilienhäuser mit weniger als zehn Wohnungen entfallen dort im Durchschnitt nur 17% der Haushalte. In den osteuropäischen Ländern gibt es zwei vorherrschende und nahezu gleich häufig vorkommende Wohnformen: 47% der Haushalte leben in einem Einfamilienhaus und 43% in einem großen Mehrfamilienhaus mit 10 oder mehr Wohnungen. Während in ländlichen Gebieten das Wohnen im Einfamilienhaus mit einem Anteil von 67% dominiert, ist es in den städtischen Gebieten das Wohnen in großen Mehrfamilienhäusern bzw. Wohnblocks mit einem Anteil von 70%.

Ein häufig verwendeter Indikator für die Größe und Angemessenheit des verfügbaren Wohn-

Tabelle 1: Wohnstatus der Privathaushalte nach sozioökonomischen Merkmalen in Europa, 2006 (in Prozent)

		Wohnstatus								
		Eigentümer			Mietfrei			Mieter		
		Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa
	insgesamt	43	68	69	3	5	22	54	28	9
Haushalts-Äquivalenzeinkommen – Quintile	1	30	53	69	5	6	19	65	41	12
	2	43	61	71	3	5	20	54	34	9
	3	47	68	69	3	5	22	50	27	9
	4	50	76	68	2	4	24	47	20	7
	5	56	83	67	2	3	26	42	14	8
räumliche Verdichtung	hoch	30	63	52	2	4	35	68	33	13
	mittel	57	73	83	4	6	9	39	21	8
	niedrig	61	76	79	6	6	15	34	17	6
Haushaltsformen	allein lebend über 65 Jahre	35	65	68	5	5	25	60	29	7
	allein lebend unter 30 Jahre	3	17	32	5	10	24	92	72	44
	alleinerziehend mit Kindern	25	39	58	2	4	26	73	57	16
	Paare ohne Kinder über 65 Jahre	57	82	77	5	3	17	38	15	6
	Paare ohne Kinder unter 65 Jahre	51	72	67	3	5	23	46	23	10
	Paare mit Kindern	39	67	72	2	5	21	59	29	7

Datenbasis: EU-SILC 2006

raums ist die Anzahl der Räume pro Person. Dabei gilt als weithin anerkannte Richtgröße, dass jedem Haushaltsmitglied rechnerisch mindestens ein Raum zur Verfügung stehen sollte. In Deutschland, aber auch den übrigen EU-15-Ländern, wird dieser Mindeststandard von der weit überwiegenden Anzahl der Haushalte überschritten (Tabelle 2): Lediglich 4% der Haushalte in Deutschland und 7% der Haushalte in den übrigen EU-15-Ländern lebten 2006 unter so beengten Bedingungen, dass die Zahl der Räume die der Haushaltsmit-

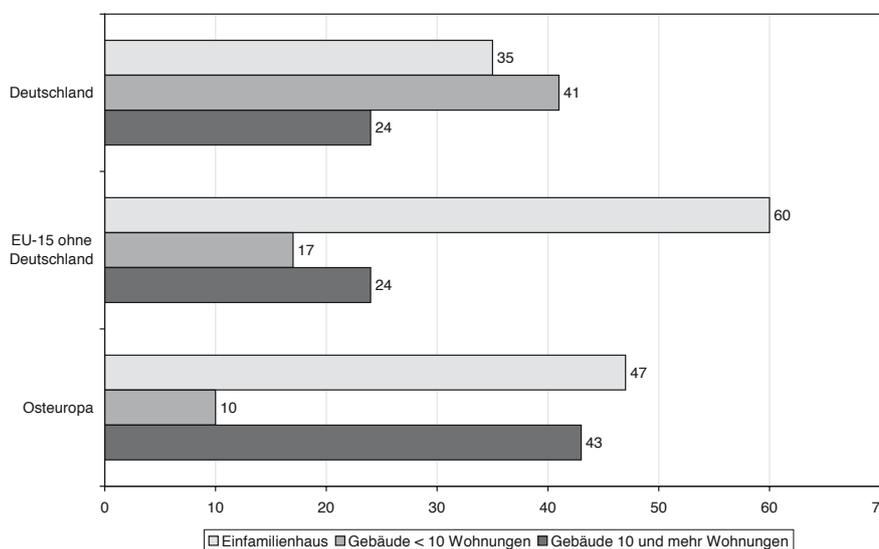
glieder unterschritt. Deutlich größer sind diese Anteile allerdings in einigen südeuropäischen EU-15-Ländern, insbesondere Griechenland (22%) und Italien (16%). Erheblich schlechter als im Durchschnitt der EU-15-Länder ist die Situation in Osteuropa, wo ca. ein Drittel aller Haushalte unter beengten Verhältnissen wohnt. Im unteren Einkommensbereich steigt dieser Anteil auf nahezu 40%, aber auch im obersten Einkommensquintil verfügen noch 25% aller Haushalte über weniger als einen Raum pro Haushaltsmitglied.

Betrachtet man demgegenüber den Anteil der unter großzügigen räumlichen Bedingungen lebenden Haushalte, die pro Haushaltsmitglied über mindestens zwei Räume verfügen, so zeigt sich ein ähnliches Bild mit umgekehrtem Vorzeichen: Während in Deutschland und im Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder jeweils etwa jeder zweite Haushalt über zwei oder mehr Räume pro Person verfügt, trifft das in den osteuropäischen Ländern nur auf etwas mehr als jeden fünften Haushalt zu. Dass die Geräumigkeit der Wohnungen in diesen Ländern nur geringfügig mit dem Haushalts-einkommen variiert, deutet daraufhin, dass der Wohnungs- bzw. Immobilienmarkt dort derzeit auch einkommensstarken Haushalten noch kaum Optionen zur Verbesserung der Wohnqualität bietet.

Wohnqualität in Osteuropa noch weit unter Niveau der EU-15-Länder

Die deutlich hinter die in Deutschland und den übrigen EU-15-Ländern vorherrschenden Standards zurückfallende Wohnqualität in den osteuropäischen Ländern manifestiert sich auch in der Ausstattung der Wohnungen und Häuser (Tabelle 2)¹²: Eine durch das Vorhandensein von Bad und Toilette in der Wohnung sowie die Möglichkeit zur Beheizung definierte Mindestausstattung steht in den osteuropäischen Ländern fast 30% aller Haushalte nicht zur Verfügung. In Deutschland leben lediglich 7% und in den übrigen EU-15-Ländern 10% der Haushalte unter Wohnverhältnissen, die diesem Mindeststandard nicht entsprechen. Allerdings gibt es mit Griechenland (16%),

Grafik 3: Haushalte nach Art der Wohngebäude in Europa, 2006



Datenbasis: EU-SILC 2006

Tabelle 2: Wohnqualität nach sozioökonomischen Merkmalen in Europa, 2006 (in Prozent)

		Wohnungsmerkmale								
		weniger als ein Raum pro Person			mehr als zwei Räume pro Person			Wohnungsausstattung unter Standard		
		Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutschland	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa
	insgesamt	4	7	32	51	50	22	7	10	28
Haushalts-Äquivalenzeinkommen – Quintile	1	5	11	39	52	53	24	14	19	45
	2	5	9	34	44	50	27	6	12	37
	3	3	7	33	46	46	22	5	9	29
	4	2	6	33	54	45	19	4	5	20
	5	1	3	25	61	55	21	3	3	11
räumliche Verdichtung	hoch	4	8	31	52	48	23	7	9	24
	mittel	3	7	31	51	49	22	8	11	23
	niedrig	4	7	34	44	50	22	7	11	35
Haushaltsformen	allein lebend über 65 Jahre	–	–	–	95	96	72	8	14	42
	allein lebend unter 30 Jahre	–	–	–	63	77	61	11	11	20
	alleinerziehend mit Kindern	2	5	32	19	31	7	15	14	32
	Paare ohne Kinder über 65 Jahre	0	1	9	55	68	15	3	10	30
	Paare ohne Kinder unter 65 Jahre	8	11	44	21	29	7	6	7	21
	Paare mit Kindern	3	9	41	69	49	23	10	11	30

Datenbasis: EU-SILC 2006

Belgien (17%) und insbesondere Portugal (43%) auch einige EU-15-Länder mit vergleichsweise hohen Anteilen von schlecht ausgestatteten Wohnungen, während einige osteuropäische Länder (Tschechische Republik, Slowakei) fast das Niveau der EU-15 erreichen oder sogar unterdurchschnittliche Anteile von schlecht ausgestatteten Wohnungen aufweisen (Slowenien).

In allen betrachteten Ländern nimmt die Qualität der Wohnungsausstattung mit dem Haushaltseinkommen ab: Im untersten Einkommenssegment – d.h. den 20 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Haushaltseinkommen – lebt in den osteuropäischen Ländern fast jeder zweite in einer Wohnung oder einem Haus, in dem mindestens eines der genannten elementaren Ausstattungsmerkmale fehlt, aber auch in Deutschland steigt dieser Anteil bei den einkommensschwachen Haushalten auf 14% und in den übrigen EU-15 Ländern auf fast 20%. Für die osteuropäischen Länder gilt zudem, dass die Wohnungen in den ländlichen Gebieten deutlich schlechter ausgestattet sind als in den stärker verdichteten und städtisch geprägten Regionen.

Lärm und Umweltbelastungen werden in Deutschland häufig als Problem der Wohngegend gesehen

Lärm – z.B. erzeugt durch den Straßenverkehr, aber auch durch Nachbarn – gehört zu den Umgebungseinflüssen, die die Wohnqualität besonders stark beeinträchtigen können. Als

Problem der Wohnumgebung wird Lärm in Deutschland von immerhin 27% aller Haushalte wahrgenommen (Tabelle 3); damit ist der Anteil der von Lärm betroffenen Haushalte in Deutschland höher als im Durchschnitt der übrigen EU-15-Länder (23%), aber auch höher als in den osteuropäischen Ländern (20%). Die Prävalenz von Lärm hängt nicht nur in Deutschland eng mit dem Standort der Wohnung zusammen: Erwartungsgemäß wird Lärm als ein die Wohnqualität beeinträchtigendes Problem in ländlichen Regionen generell weniger häufig wahrgenommen als in städtischen. Dass die Wahrnehmung von Lärm als Wohnproblem in Deutschland – anders als in den übrigen EU-15-Ländern und den osteuropäischen Ländern mit sinkendem Haushaltseinkommen zunimmt, könnte darauf hindeuten, dass die Wohngebiete hierzulande vergleichsweise stark nach den Einkommen der Bewohner segmentiert sind.

Auch Umweltbelastungen – als ein weiteres Problem der Wohnumgebung – werden in Deutschland häufiger als in fast allen anderen europäischen Ländern als Beeinträchtigung der Wohnqualität wahrgenommen (Tabelle 3): Jeder vierte Haushalt in Deutschland sieht die Umweltsituation in seiner Wohnumgebung als Problem an, gegenüber lediglich 16% in den übrigen EU-15 und den osteuropäischen Ländern. Ob sich hinter diesen Differenzen in der Wahrnehmung ‚objektive‘ Belastungsunterschiede oder eine differenzielle Sensibilisierung gegenüber Umweltproblemen verbergen, muss hier offen bleiben. Die Umweltbelastung

wird – wie nicht anders zu erwarten – über alle Länder hinweg in hoch verdichteten städtischen Räumen häufiger wahrgenommen als in dünner besiedelten ländlichen Räumen.

Schließlich stellt auch das Vorkommen von Kriminalität und die damit verbundenen Sicherheitsrisiken der Bürger ein Problem des Wohnumfeldes dar, das die Wohnqualität erheblich beeinträchtigen kann. In Deutschland wird Kriminalität allerdings deutlich seltener als Problem des Wohnumfeldes genannt als Lärm und Umweltbelastungen (Tabelle 3): Der Anteil der Haushalte, die Kriminalität in ihrem Wohngebiet als Problem wahrnehmen, ist in Deutschland mit 14% zudem etwas niedriger als in den übrigen EU-15-Ländern (18%) und etwas höher als in den osteuropäischen Ländern (11%). Am häufigsten wird Kriminalität in Lettland (26%) und dem Vereinigten Königreich (27%) als Problem der Wohngegend wahrgenommen. Während die Kriminalität überall primär in den Städten und weniger in den ländlichen Gebieten als Problem des Wohnumfeldes gesehen wird, scheint die mit steigendem Haushaltseinkommen abnehmende Prävalenz der Kriminalitätswahrnehmung, wie sie in Deutschland zu beobachten ist, nicht gleichermaßen generalisierbar zu sein und könnte möglicherweise ein weiteres Indiz für eine ausgeprägte einkommensspezifische Segmentierung des Wohnens darstellen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass sich die Wohnverhältnisse in Deutschland nicht nur im Zeitverlauf immens verbessert

Tabelle 3: Belastungen im Wohnumfeld nach sozioökonomischen Merkmalen in Europa, 2006 (in Prozent)

		Belastung durch								
		Lärm			Umweltprobleme			Kriminalität		
		Deutsch-land	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutsch-land	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa	Deutsch-land	EU-15 ohne D	EU-Ost-Europa
	insgesamt	27	23	20	25	16	16	14	18	11
Haushalts-Äquivalenzeinkommen – Quintile	1	33	24	19	26	15	15	17	19	11
	2	30	23	19	24	16	15	14	19	11
	3	29	23	20	25	16	15	13	18	11
	4	28	23	21	25	16	16	12	17	12
	5	25	22	20	23	17	17	10	17	11
räumliche Verdichtung	hoch	35	27	25	31	21	21	19	26	18
	mittel	25	20	19	19	21	14	8	12	8
	niedrig	20	14	15	16	7	10	7	7	6
Haushaltsformen	allein lebend über 65 Jahre	25	18	20	20	13	16	11	16	11
	allein lebend unter 30 Jahre	42	30	20	31	15	13	23	20	16
	alleinerziehend mit Kindern	35	28	24	28	18	21	20	25	17
	Paare ohne Kinder über 65 Jahre	26	20	20	21	16	15	9	16	11
	Paare ohne Kinder unter 65 Jahre	28	23	19	24	15	16	12	18	11
	Paare mit Kindern	34	25	19	30	17	15	16	20	10

1) Frage im Haushaltsfragebogen: Haben Sie mit Ihrer Wohnung bzw. in Ihrer Wohngegend eines oder mehrere der folgenden Probleme? Mehrfachangaben möglich: [...] Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe); Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder andere Umweltprobleme, verursacht durch Verkehr oder Industrieanlagen; Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend.

Datenbasis: EU-SILC 2006

und wesentlich zur gestiegenen Lebensqualität der Bevölkerung beigetragen haben, sondern auch im europäischen Vergleich gut abschneiden. Im Hinblick auf die Geräumigkeit und Ausstattung der Wohnungen gehört Deutschland zusammen mit einigen anderen nord- und nord-westeuropäischen Ländern zur Spitzengruppe in Europa. Dagegen bleibt die Wohnqualität in den osteuropäischen Ländern derzeit noch weit hinter den in Deutschland und den meisten der übrigen EU-15-Länder erreichten Standards zurück. Vergleichsweise kritisch bewertet werden in Deutschland die Lärm- und Umweltbelastung in der Wohngegend, während Kriminalität vergleichsweise selten als Problem angesehen wird. Eine Besonderheit des deutschen Wohnungssektors stellt der im europäischen Vergleich ungewöhnlich niedrige Anteil von Wohnungs- bzw. Hauseigentümern sowie das nahezu ausgeglichene Verhältnis von Eigentümern und Mietern unter den Haushalten dar. Wie das deutsche Beispiel zeigt, muss ein niedriger Eigentümeranteil jedoch keineswegs mit einer im Durchschnitt niedrigeren Wohnqualität einhergehen und auch in sonstiger Hinsicht nicht von Nachteil sein. Vielmehr bietet ein breiter Mietwohnungsmarkt, wie er in Deutschland existiert, insbesondere, aber nicht nur einkommensschwächeren und kapitalärmeren Haushalten, auch ohne den Erwerb von Wohneigentum attraktive Möglichkeiten eine hohe Wohnqualität zu erreichen. Die

Kehrseite der in Deutschland erreichten hohen Wohnstandards und -qualität sind die Wohnkosten. Mit einem Anteil von 29% des Haushaltsnettoeinkommens gehört Deutschland zusammen mit den Niederlanden und Dänemark zu den Ländern mit den höchsten Wohnkosten in Europa.

- 1 Vgl. dazu u.a. das Habitat-Programm der Vereinten Nationen, das die Verpflichtung der Regierungen unterstreicht, „to promote, to protect and to ensure the full and progressive realisation of the right to adequate housing“ (United Nations Centre for Human Settlements 1996, paragraph 61).
- 2 Vgl. System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland: www.gesis.org/dienstleistungen/daten/soziale-indikatoren/system-sozialer-indikatoren.
- 3 Da zu dieser Frage keine aktuelle Daten aus dem Mikrozensus zur Verfügung stehen, wurde ergänzend auf das SOEP als Datenquelle zurückgegriffen. Die Ergebnisse aus dem SOEP weichen geringfügig von denen des Mikrozensus ab.
- 4 Die Eigentümerquote ist an dieser Stelle definiert als Anteil der bewohnten Wohnungen bzw. Häuser, die Eigentum der jeweiligen Bewohner sind. Werden statt Wohnungen Haushalte als Bezugsgröße verwendet, ergeben sich leicht abweichende Quoten (s.u.).
- 5 Detaillierte Zeitreihendaten zu dieser The-

matik bietet das European System of Social Indicators (www.gesis.org/eusi).

- 6 Die EU-SILC Datenbasis (Community Statistics on Income and Living Conditions) ist ein Instrument, das im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) jährlich vergleichbare Mikrodaten zu Einkommen und verschiedenen Aspekten der Lebensbedingungen für die Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie einige weitere europäische Länder bereitstellt. Die Erhebung wurde 2004 in ausgewählten Ländern begonnen und sukzessive ausgedehnt. Grundgesamtheit sind die Privathaushalte der Mitgliedsländer sowie alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt in den Haushalten leben. Die Gesamtstichprobe umfasst mehr als 200.000 Haushalte. In den einzelnen EU-Ländern liegt die Stichprobengröße in der Erhebung von 2006 zwischen 3.600 Haushalten in Zypern und mehr als 21.000 Haushalten in Italien (Deutschland: 13.799).
- 7 So werden z.B. diverse europäische „housing models“ unterschieden, die sich an bestimmten charakteristischen Merkmalen, wie z.B. dem Grad der staatlichen Intervention in den Wohnungsmarkt oder dem Anteil der Eigentümer, orientieren (Kemeny 1981; Hegedus/Mayo/Tosics 1996).
- 8 Den Analysen in diesem Beitrag liegt durchgängig eine Haushaltsperspektive zugrunde, d.h. sämtliche Zahlenangaben

beziehen sich auf Haushalte und nicht Personen, die in Haushalten leben. Diese Perspektive wurde gewählt, weil die Wohnsituation und die diesbezüglich im EU-SILC erhobenen Merkmale jeweils den gesamten Haushalt betreffen.

- 9 Dieser Anteil umfasst sowohl Mieter, die ‚Marktmieten‘ als auch solche, die ‚verminderte‘ Mieten zahlen.
- 10 Zur Transformation des ‚Wohnungssektors‘ in verschiedenen Ländern Osteuropas vgl. u.a. Hegedüs/Mayo/Tosics (1996) und Lowe/Tsenkova (2003).
- 11 Mit dem Begriff ‚Einfamilienhaus‘ werden hier ‚freistehende Häuser‘ sowie ‚Doppel- und Reihenhäuser‘ bezeichnet, in denen sich nicht mehrere separate Wohnungen befinden.
- 12 Große Differenzen zwischen den EU-15-Ländern und den osteuropäischen Ländern zeigen sich auch im Zustand der Gebäude: Während in den osteuropäischen Ländern fast ein Drittel der Haushalte schwerwiegende Gebäudemängel in Form von ‚undichten Dächern‘ und ‚feuchten Wänden‘ berichten, liegt der entsprechende Anteil in den EU-15-Ländern bei 15%.

Atkinson, Tony, et al., 2002 : *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford.

Hegedüs, József, Mayo, Stephan E., Tosics, Iván, 1996: *Transition of the Housing Sector in the East-Central European Countries*. Budapest.

Kemeny, Jim, 1981: *The Myth of Home Ownership: Public Versus Private Choice in Housing Tenure*. London.

Lowe, Steward, Tsenkova, Sascha (eds.), 2004: *Housing Change in East and Central Europe*. Thousand Oaks.

■ Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245
heinz-herbert.noll@gesis.org
stefan.weick@gesis.org

In Deutschland mehr Vorbehalte gegenüber älteren Arbeitnehmern

Ein deutsch-britischer Vergleich

Infolge steigender Lebenserwartung sowie sinkender Geburtenraten wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung in den meisten Industrienationen in den kommenden 50 Jahren stark ansteigen. Zur gleichen Zeit scheidet nach wie vor die Mehrzahl älterer Arbeitnehmer vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze aus dem Arbeitsmarkt aus. Dies hat sowohl negative Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme als auch langfristig auf die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt. Nationale Regierungen verfolgen daher gegenwärtig verschiedene Maßnahmen mit dem Ziel, die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer zu erhöhen (OECD 2006). Diese Maßnahmen werden jedoch zum Teil durch die Strategien des betrieblichen Personalmanagements konterkariert, die oft noch jugendzentristisch ausgeprägt sind und ältere Mitarbeiter bei Einstellung, Beförderung, Weiterbildung sowie bei Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung direkt oder indirekt benachteiligen (Bellmann et al. 2003).

Die vorliegende Studie untersucht vergleichend Personalstrategien und -praktiken in Bezug auf ältere Mitarbeiter in Deutschland und Großbritannien, zwei europäischen Ländern, die in den vergangenen Jahrzehnten einen deutlichen Rückgang der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer erlebt haben. In beiden Ländern begünstigen „Konvergenzfaktoren“ wie z.B. die EU-Gesetzgebung zur Anti-Altersdiskriminierung oder die demografische Alterung in ähnlicher Weise die Einführung altersfreundlicherer Personalpolitiken. Gleichzeitig vollziehen sich hier institutionelle Wandlungsprozesse in einem unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Umfeld (Blossfeld et al. 2006). Unternehmen sehen sich also widersprüchlichen Einflussfaktoren ausgesetzt, die in betriebliche Maßnahmen integriert werden müssen. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, vor diesem Hintergrund zu untersuchen, ob Konvergenzfaktoren in Deutschland und Großbritannien zu einer ähnlichen personalpolitischen Ausrichtung gegenüber älteren Arbeitnehmern beigetragen haben oder ob sich signifikante Unterschiede in der Gestaltung betrieblicher Personalmanagement-Strategien zeigen. Zu diesem Zweck skizzieren wir anhand ausgewählter Betriebsbefragungen wesentliche Charakteristika betrieblicher Personalpolitik in beiden Ländern. Dabei soll zunächst untersucht werden, wie ältere Menschen allgemein von Unternehmen wahrgenommen und beurteilt werden. Nach der Betrachtung von Perzeption und Einstellungen wenden wir uns anschließend dem tatsächlichen betrieblichen Umgang mit älteren Arbeitnehmern zu, d.h. der Frage, ob und wie Unternehmen ältere Mitarbeiter rekrutieren und wie Arbeitsplatzpraktiken bezüglich Fort- und Weiterbildung sowie Arbeitszeitdesign gestaltet werden.

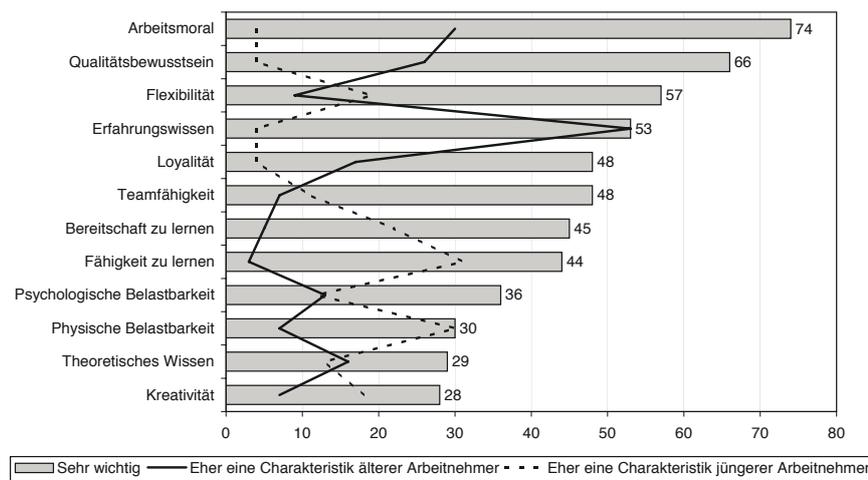
Die Datenbasis unserer Analysen¹ bilden zwei Datensätze. Für Deutschland wird das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)² genutzt, eine für

die Gesamtzahl aller Betriebe in Deutschland repräsentative Längsschnittbefragung, in deren Rahmen seit 1993 jährlich die Betriebs- und Geschäftsleiter bzw. die Personalverantwortlichen von 16.000 Unternehmen aller Betriebsgrößen und Sektoren nach beschäftigungspolitisch relevanten Themen, etwa zu Bestimmungsgrößen der Beschäftigungspolitik, Stand und Technik der Organisation, aber auch zu personalpolitischen Themen befragt werden. Im Rahmen der folgenden Auswertungen greifen wir auf die Erhebungswellen der Jahre 1999, 2000, 2002 und 2004 zurück, in denen Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber älteren Arbeitnehmern explizit thematisiert wurden. Der Workplace Employment Relations Survey (WERS)³ aus dem Jahre 2004 dient als Pendant für Großbritannien. Der Survey ist ebenfalls repräsentativ für Betriebe in Großbritannien, wird durchschnittlich alle sechs bis acht Jahre erhoben und umfasst ca. 2.300 britische Unternehmensstandorte.⁴

Einstellungen gegenüber älteren Arbeitnehmern von positiven und negativen Stereotypen geprägt

Da Einstellungen gegenüber älteren Arbeitnehmern im WERS nicht explizit erfragt werden, stützen wir uns bei der Darstellung der britischen Einstellungsmuster auf die Auswertung existierender Sekundärliteratur. Bisherige Veröffentlichungen verweisen dabei auf die Persistenz von Stereotypen bezüglich der Leistungsfähigkeit, Integrierbarkeit und Kompetenz älterer Mitarbeiter. Nach Loretto und White (2006) stehen dabei positive Stereotypen (wie z.B. die Zuschreibung von Loyalität, Verlässlichkeit, Stabilität und Reife) negativen Kategorisierungen (wie etwa mangelnde Flexibilität, Weiterbildungs- und Veränderungsresistenz, höhere gesundheitliche Anfälligkeit oder veraltete Qualifikationen) gegenüber. Die Existenz und Ausprägung dieser Stereotypen unterscheiden sich allerdings je nach individuellen und organisatorischen Charakteristika

Grafik 1: Wichtigkeit individueller Eigenschaften und Ausprägung bei jüngeren und älteren Beschäftigten



Datenbasis: IAB-Betriebspanel 2002

der Arbeitgeber bzw. Unternehmen. So existiert etwa eine positive Korrelation zwischen dem Alter der befragten britischen Manager und ihrer Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit älterer Beschäftigter. Ebenso scheinen Menschen, die häufiger Kontakt zu älteren Mitarbeitern haben, diesen gegenüber eine positivere Einstellung zu besitzen (Chiu et al. 2001). Chiu et al. (2001) zeigen zudem, dass Frauen in Großbritannien tendenziell die Anpassungsfähigkeit älterer Beschäftigter positiver einschätzen als Männer. Weitere Ergebnisse deuten auf die zusätzliche Bedeutung der Firmengröße hin: Negative Stereotypen gegenüber älteren Menschen finden sich häufiger in kleineren Organisationen als in größeren Unternehmen, die zudem häufiger über betriebliche Gleichstellungsleitlinien verfügen.

Deutsche Unternehmer weisen ein ähnliches Einstellungsprofil gegenüber älteren Arbeitnehmern auf. Wie Daten des IAB-Betriebspanels 2002 zeigen, liegen die von Unternehmen wahrgenommenen relativen Stärken älterer Arbeitnehmer insbesondere im langfristig erworbenen Erfahrungswissen sowie im Bereich allgemeiner individueller Querschnittskompetenzen wie Arbeitsmoral, Loyalität und Qualitätsbewusstsein – Eigenschaften und Kompetenzen, denen von deutschen Unternehmen zudem auch allgemein eine hohe Bedeutung zugeschrieben wird. Relative Schwächen älterer Arbeitnehmer werden dagegen in der Fähigkeit und Bereitschaft zur Aneignung neuen Wissens, in mangelnder physischer Belastbarkeit sowie z.T. auch in ihrer allgemeinen Flexibilität gesehen (Grafik 1). Wie ergänzende Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2000 zeigen, sehen 77% aller Firmenvertreter ältere Arbeitnehmer jedoch grundsätzlich als genauso leistungsfähig wie jüngere an. Nur 20 Prozent attestieren ihnen mangelnde Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen, und lediglich 7% aller Unternehmer erwägen den Abbau ihrer Arbeitsplätze zur Vermeidung einer Überalterung der Belegschaft (eigene

Berechnungen). Betriebe des tertiären Dienstleistungssektors sowie kleine Betriebe weisen dabei die positivsten Einstellungsmuster auf. Dem gegenüber befürchten insbesondere das produzierende Gewerbe, die Bauindustrie sowie der öffentliche Sektor eine zunehmende Überalterung der Belegschaft.⁵

Die Ergebnisse verweisen somit in beiden untersuchten Ländern auf eine allgemein eher positive Bewertung der Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer. Im Folgenden soll untersucht werden, inwiefern sich diese positiven Einstellungsmuster de facto im Rekrutierungs- und Einstellungsverhalten von Betrieben sowie in der faktischen Gestaltung von Arbeitsplatzbedingungen niederschlagen.

Ältere Arbeitnehmer bei Rekrutierung und Beförderung in Deutschland stärker benachteiligt als in Großbritannien

Die Auswertung der britischen WERS-Daten zeigen, dass 85% der teilnehmenden Unternehmen über schriftliche „Equal Employment Opportunity (EEO) statements“ verfügen. Diese drücken i.d.R. eine positive Einstellung des Unternehmens gegenüber sogenannten „Mitarbeiterrandgruppen“ aus. Von diesen beinhalten jedoch nur 60% einen expliziten Passus zur Gleichberechtigung unabhängig vom Alter. Im Vergleich mit anderen Diskriminierungskriterien steht „Alter“ damit auf dem sechsten Rang nach „Behinderung“ (78%), „Geschlecht“ (76%), „Rasse“ (76%), „Religion“ (73%) und „sexueller Orientierung“ (64%). Keine besonders entscheidende Rolle scheint „Alter“ auch bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter zu spielen. Relevant sind offenbar eher Faktoren wie das Vorhandensein berufsrelevanter Fähigkeiten (88%), Erfahrungswissen (87%), Motivation (82%) sowie berufliche Qualifikation (74%). Dies spricht dafür, dass eine direkte Diskriminierung nach „Alter“ nicht wahrscheinlich ist. Ebenso erscheint eine indirekte Benachteiligung älterer

Arbeitnehmer im Rekrutierungsprozess, etwa hinsichtlich ihres Qualifikations- und Fähigkeitsprofils, als unwahrscheinlich. Der flexible, an regelmäßiger beruflicher Weiterbildung orientierte Charakter des Bildungssystems in Großbritannien ermöglicht es älteren Menschen, ihre Qualifikationen und beruflichen Fähigkeiten regelmäßig auf einen aktuellen Stand zu bringen, so dass das Ausmaß indirekter Diskriminierung durch selektive Einstellung besser qualifizierter Bewerber vermutlich gering ist (Golsch et al. 2006).

Gleichwohl verfügen nur wenige britische Betriebe (7% der befragten Unternehmensstandorte) über spezifische Maßnahmen, die die Bewerbung älterer Menschen explizit erleichtern oder forcieren. Nur 27% der befragten Unternehmen überwachen zudem die eigene Personalauswahl im Hinblick auf die Eigenschaft „Alter“, wobei die Häufigkeit derartiger Anti-Altersdiskriminierungsmaßnahmen in größeren Unternehmen bzw. in öffentlichen Einrichtungen höher ausfällt.⁶ Auch bei Rekrutierungs- und Beförderungsprozessen spielen explizit altersspezifische Aspekte offensichtlich eine vergleichsweise geringe Rolle. So werden Beförderungen bei lediglich 11% der befragten Organisationen auf die Eigenschaft „Alter“ hin überwacht; nur 13% aller Unternehmen überprüfen zudem ihre Beförderungprozesse auf die Existenz direkter oder indirekter Altersdiskriminierung. Auch hier evaluieren eher große Unternehmen sowie öffentliche Arbeitgeber Beförderungprozesse im Hinblick auf Altersdiskriminierung. Die Daten in Bezug auf Rekrutierungs- und Personalmanagementverhalten sprechen somit dafür, dass die Kategorie „Alter“ bei Rekrutierungsentscheidungen in britischen Betrieben bis zum Jahr 2004 keine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Im Zuge der Einführung der Antidiskriminierungsgesetzgebung im Jahr 2006 ist diesbezüglich jedoch eine zunehmende Sensibilität britischer Unternehmen zu erwarten.

Für Deutschland deuten die vorliegenden Daten hingegen auf deutliche komparative Arbeitsmarktnachteile für ältere Menschen bei Bewerbung, Rekrutierung und Personalmanagement hin. So gaben im Rahmen der IAB-Betriebsbefragung des Jahres 2004 75% der befragten Personalverantwortlichen an, dass bei freien Arbeitsstellen keine Bewerbungen älterer Arbeitnehmer vorlagen, obwohl die Ausschreibung bei der überwiegenden Mehrzahl der Stellen keine Altersbegrenzung beinhaltete. Einen möglichen Hintergrund für dieses selektive Bewerbungsverhalten älterer Arbeitnehmer mögen existierende betriebliche Rekrutierungspraktiken darstellen, die ihrerseits ältere Arbeitnehmer tendenziell benachteiligen und somit die Motivation für eine Bewerbung senken. Ergebnisse derselben IAB-Befragungswelle belegen, dass in etwas mehr als der Hälfte der Fälle, in denen Bewerbungen älterer Bewerber vorlagen, die ausgeschriebene Stelle de facto mit einem anderen Bewerber besetzt wurde. Als Hauptgrund für die relative

Tabelle 1: Betriebliches Einstellungsverhalten deutscher Unternehmen gegenüber älteren Arbeitnehmern und Begründung

Besetzung einer Stelle mit älterem Arbeitnehmer (bei Bewerbung älterer Arbeitnehmer)	45,9 %
Gründe einer Ablehnung	
Bewerber passte nicht in das Qualifikationsprofil / passte von der Persönlichkeit nicht in den Betrieb	75%
Ältere Arbeitnehmer passen nicht in Qualifikationsstruktur des Betriebs	14%
Keine Einstellung von Personen über 50 aufgrund konkreter Erfahrungen	4%
Keine Einstellung von Personen über 50 auch ohne konkrete eigene Erfahrungen	7%

Datenbasis: IAB-Betriebspanel 2004

Bevorzugung jüngerer Arbeitskräfte wird von deutschen Unternehmen mehrheitlich als unzureichende Qualifikationsprofil älterer Arbeitnehmer angeführt, das der ausgeschriebenen Stelle nicht gerecht wird. Neben diesen individuellen Problemfaktoren für eine Einstellung älterer Arbeitnehmer befürchtet etwa ein Achtel aller Betriebsvertreter generelle Probleme bei einem zu hohen Altersdurchschnitt im eigenen Betrieb. Etwa ein Zehntel der betrieblichen Personalverantwortlichen sieht Probleme in der eingeschränkten Belastbarkeit als auch geringeren Einsatzfähigkeit und Flexibilität älterer Arbeitnehmer (Tabelle 1). Etwa ein Drittel (30%) der Unternehmer in den neuen Bundesländern befürchten zudem eingeschränkte Möglichkeiten der Kündigung älterer Arbeitnehmer, ungefähr ein Fünftel der westdeutschen Unternehmer (23%) sieht hingegen deren hohe Lohnkosten als einen möglichen Hinderungsgrund ältere Arbeitnehmer einzustellen (eigene Auswertungen auf Basis des IAB-Betriebspanels 2004). Das tatsächliche Einstellungs- und Rekrutierungsverhalten deutscher Unternehmen erweist sich somit als vergleichsweise restriktiver gegenüber älteren Arbeitnehmern als in Großbritannien. Entgegen der allgemein positiven Einschätzung der Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Arbeitnehmer weisen sie im faktischen Rekrutierungsprozess aus Sicht der Unternehmen offenbar komparative Nachteile gegenüber jüngeren Arbeitsmarktkonkurrenten auf. Bemerkenswerterweise wird dabei eine direkte Benachteiligung älter Arbeitnehmer, etwa durch altersbegrenzte Ausschreibungen oder der an spezifische Bedingungen geknüpfte Anstellung älterer Arbeitnehmer, von deutschen Unternehmen weitestgehend vermieden. Nur 4% aller befragten Unternehmen berichten über eine explizit altersbegrenzte Ausschreibung bei der Besetzung einer freien Position im Unternehmen (IAB-Betriebspanel 2004; eigene Berechnungen) und etwa die Hälfte aller befragten Unternehmen (45% in den neuen und 56% in den alten Bundesländern) würden die Einstellung von Arbeitnehmern über 50 Jahren an keine besonderen Voraussetzungen knüpfen (IAB-Betriebspanel 2002; eigene Berechnungen).

Flexibilität bei der Arbeitszeit, aber nicht ausreichende Weiterbildung

Neben der Befragung von Unternehmern enthält der WERS-Datensatz auch eine Mitarbeiterbefragung. Hier werden u.a. die von Mitarbeitern wahrgenommenen Möglichkeiten

erfragt, konkrete Arbeitsvertragsänderungen in Bezug auf die Arbeitszeit zu implementieren, sollte dies notwendig sein. Die Ergebnisse zeigen, dass ältere britische Arbeitnehmer kaum über schlechtere Möglichkeiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung verfügen als jüngere Arbeitnehmer (Grafik 2). Ältere Arbeitnehmer scheinen sogar leicht im Vorteil zu sein, wenn es um Möglichkeiten des „Job sharing“ geht. Bei anderen Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung weisen ältere Arbeitnehmer geringfügig niedrigere Werte auf. Altersspezifische Diskrepanzen zeigen sich vor allem bei Möglichkeiten einer Arbeitszeiterhöhung und bei einer Veränderung der Arbeitszeitstruktur, z.B. bei der Einführung oder Änderung von Schichtarbeit.

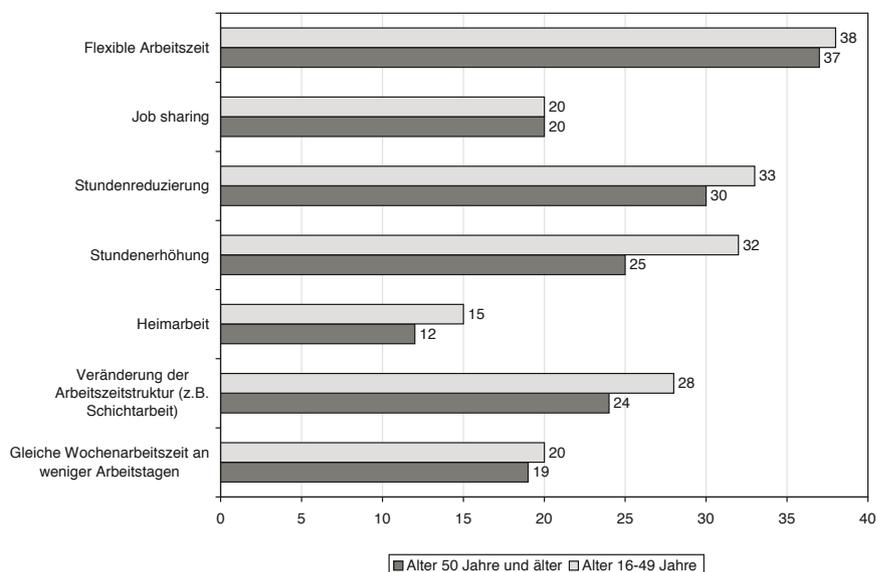
Darüber hinaus erlauben die WERS-Daten auch Rückschlüsse auf die Beteiligung verschiedener Gruppen von Arbeitnehmern an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen in den vergangenen 12 Monaten. Die Daten zeigen, dass ältere Arbeitnehmer in deutlich geringerem Umfang an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen als ihre jüngeren Kollegen. 40% aller älteren Arbeitnehmer gaben an, in den vergangenen 12 Monaten an keiner Weiterbildungsmöglichkeit teilgenommen zu haben, gegenüber lediglich 31% der jüngeren Arbeitnehmer (Grafik 3).

Eine relativ hohe Diskrepanz ergibt sich auch bei Arbeitnehmern, die mehr als zehn Weiterbildungstage in Anspruch nahmen (5 vs. 10%) Es ist allerdings zu beachten, dass die Fragestellung des WERS sich lediglich auf die Anzahl der realisierten Weiterbildungstage bezog. Es lässt sich also nicht bestimmen, ob ältere Mitarbeiter alle vom Unternehmen angebotenen Weiterbildungseinheiten auch wahrgenommen haben bzw. in welchem Umfang ihnen diese angeboten wurden.

Fortbildungs- und Integrationsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer finden auch bei deutschen Arbeitgebern eine allgemein hohe Zustimmung. So befürworten laut Daten des IAB-Betriebspanels 2000 mehr als vier Fünftel aller deutschen Arbeitgeber grundsätzlich den gemeinsamen Einsatz älterer und jüngerer Arbeitnehmer in altersgemischten Teams sowie den aktiven Einbezug älterer Arbeitnehmer in betriebliche Weiterqualifizierungsmaßnahmen (Tabelle 2). Bemerkenswerterweise werden derartige integrative Maßnahmen in die Kernbelegschaft deutlich positiver bewertet als spezifische Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer, die einen „altersgerechten Einsatz“ älterer Arbeitnehmer einfordern.

Allerdings zeigen sich auch im Hinblick auf betriebliche Personalpraktiken gegenüber älteren Arbeitnehmern wiederum deutliche Unterschiede zwischen der – grundsätzlich positiven – Einstellungsebene und der betrieblichen Praxis. So geben nur etwa 6 % der befragten Personalverantwortlichen an, in ihrem Betrieb ältere Arbeitnehmer tatsächlich in altersgemischten Arbeitsteams einzusetzen. Ein etwa gleich großer Anteil berichtet die Einbeziehung älterer Arbeitnehmer in allgemeine betriebliche Weiterbildungsaktivitäten. Spezifische Weiterbildungsaktivitäten für ältere Arbeitnehmer nehmen einen noch deutlich geringeren Stellenwert ein (Tabelle 2). Die

Grafik 2: Die von britischen Angestellten wahrgenommene Möglichkeit, Arbeitszeitmodelle an eigene Bedürfnisse anzupassen, nach Altersgruppen



Datenbasis: Workplace Employment Relations Survey (WERS) 2004

Tabelle 2: Betriebliches Einstellungsverhalten deutscher Unternehmen gegenüber älteren Arbeitnehmern und Begründung

<i>Einstellungen zu betrieblichen Personalpraktiken gegenüber älteren Arbeitnehmern (2000)</i>	
Es ist sinnvoll, ältere und jüngere Mitarbeiter, gemeinsam in altersgemischten Teams und Arbeitsgruppen einzusetzen.	82 %
Man sollte auch ältere Mitarbeiter in Qualifizierungsmaßnahmen einbeziehen.	80 %
Nur durch einen altersgerechten Einsatz älterer Mitarbeiter kann man die Stärken der Älteren nutzen und Probleme vermeiden.	52 %
<i>Faktisches Angebot an Maßnahmen zur Förderung Älterer (2002)</i>	
Keine Maßnahmen für Ältere	80 %
Altersteilzeit	11 %
Einbeziehung älterer in die betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten	6 %
Altersgemischte Besetzung von Arbeitsgruppen	6 %
Herabsetzung der Leistungsanforderungen	3 %
Besondere Ausstattung der Arbeitsplätze	1 %
Spezielle Weiterbildungsangebote für Ältere	1 %
Andere Maßnahmen	1 %

Fragestellung 2000: Ich lese Ihnen verschiedene Aussagen über ältere Arbeitnehmer vor. Sagen Sie mir bitte jeweils ob Sie, aus der Sicht des Betriebs eher zutreffen oder nicht. 2002: Welche der folgenden Maßnahmen, die sich auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer beziehen, gibt es in Ihrem Betrieb/ihrer Dienststelle?

Datenbasis: IAB-Betriebspanel 2000, 2002

Ergebnisse des IAB-Betriebspanels bestätigen damit die bereits in anderen Studien diagnostizierte relative Randständigkeit betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen in Deutschland. Die Einrichtung von Altersteilzeit, d.h. die Möglichkeit zur Reduzierung der Arbeitszeit nach dem 55. Lebensjahr, die von etwa einem Zehntel aller Betriebe berichtet wird, stellt die vergleichsweise verbreitetste Maßnahme zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer dar. Angesichts der Tatsache, dass es sich hierbei um eine gesetzlich geförderte Maßnahme handelt, erscheint jedoch auch dieser Anteil erstaunlich gering. Darüber hinaus wird die Altersteilzeit in Deutschland vielfach nur als Blockmodell in Anspruch genommen, d.h. der Arbeitnehmer arbeitet zunächst in voller Stundenzahl weiter und wird in einer anschließenden „Freistellungsphase“ komplett von der Arbeit freigestellt. Die Altersteilzeit stellt damit meist eher eine Maßnahme zur Ermöglichung eines vorzeitigen Ruhestands bzw. zur Vermeidung möglicher Altersarbeitslosigkeit dar als eine Fördermaßnahme für ältere Arbeitnehmer (Knuth/Büttner/Brussig 2006). Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, dass nur etwa jeder fünfte Betrieb überhaupt über spezifische Maßnahmen zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer verfügt.

Die Ergebnisse der vergleichenden Auswertung deutscher und britischer Firmenbefragungen zeichnen somit ein differenziertes Bild. In beiden untersuchten Ländern existieren in begrenztem Maße Stereotypen hinsichtlich der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer. Während diese positive allgemeine Bewertung weitgehend im Einklang mit jüngeren Initiativen zur Förderung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer steht, zeigen sich auf der Ebene praktischer Personalpolitik nach wie vor Defizite, die jedoch in beiden Untersuchungsländern unterschiedlich stark ausfallen.

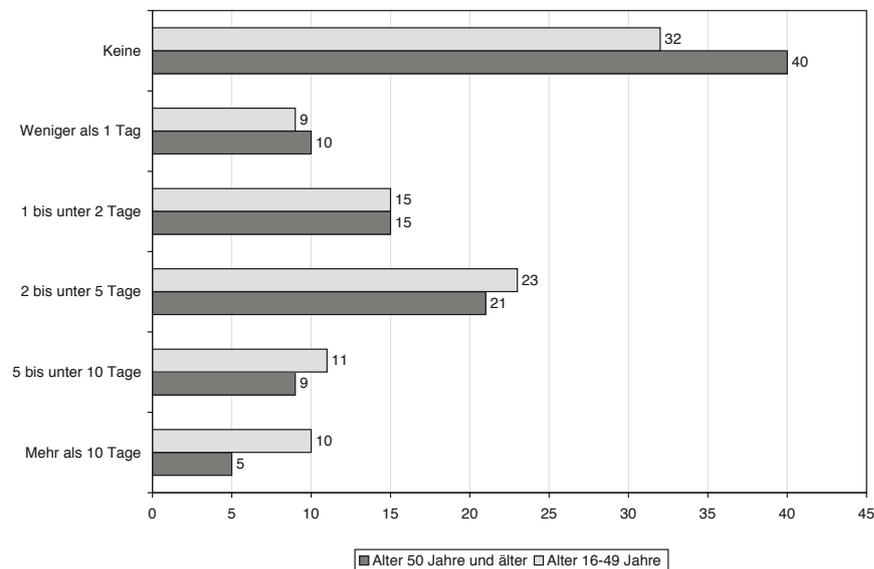
Ältere Arbeitnehmer leiden unter Defiziten der deutschen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Diese nationalen Unterschiede lassen sich als Konsequenz unterschiedlicher institutioneller Rahmenbedingungen verstehen, die unterschiedliche Kontextbedingungen für die Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitnehmer schaffen. So erweist sich der britische Arbeitsmarkt als relativ flexibel und wenig reguliert. Die ausgeprägteren Probleme älterer Arbeitnehmer am deutschen Arbeitsmarkt spiegeln hingegen die noch existierenden Defizite der deutschen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wider. So begünstigt vor allem das noch weitgehend auf die frühe Erwerbskarriere ausgerichtete deutsche Bil-

dungssystem sowie die relative Randständigkeit lebenslangen Lernens das Entstehen von Qualifikationsdefiziten, die gegenwärtig eines der Haupteinstellungshindernisse für ältere Arbeitnehmer darstellen. Dieses relative Defizit älterer Arbeitnehmer wird, wie die Ergebnisse belegen, auf betrieblicher Ebene kaum kompensiert; in einzelnen Betrieben wird es zudem durch Lohnstrukturen und Kündigungsschutzmaßnahmen teilweise noch verstärkt. Institutionelle Rahmenbedingungen tragen somit zu der Herausbildung eines betrieblichen Arbeitsmarktumfelds bei, das eine Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer nur geringfügig unterstützt und diese damit nicht nur faktisch (durch Arbeitsmarktbarrieren), sondern auch ideologisch (durch die Stabilisierung von Altersstereotypen) vom Arbeitsmarkt ausschließt. Das flexible und nur wenig regulierte Marktmodell Großbritanniens sowie die geringe Standardisierung beruflicher Qualifikationen scheint für ältere Arbeitnehmer günstigere Ausgangsbedingungen zu schaffen als der vergleichsweise regulierte Arbeitsmarkt Deutschlands. Die Förderung lebenslangen Lernens sowie der Abbau altersspezifischer Entlohnungs- und Kündigungsschutzregelungen stellen hier mögliche Reformoptionen dar. Gleichwohl gilt es zu bedenken, dass auch in Großbritannien eine Gleichstellung Älterer am Arbeitsmarkt bislang nicht erreicht ist, bzw. deren Verbleib im Arbeitsmarkt vielfach eine ökonomische Notwendigkeit und nicht unmittelbar eine individuelle Entscheidung widerspiegelt. Hier gilt es insbesondere die Veränderungen im Zuge der in Großbritannien 2006 eingeführten Antidiskriminierungs-Gesetzgebung weiterhin zu beobachten.

1 Die vorgestellten Analysen und der Austausch zwischen den beteiligten Wissenschaftlern wurde ermöglicht und finanziell unterstützt durch das von der European

Grafik 3: Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen in Tagen in den vergangenen 12 Monaten, nach Altersgruppen



Datenbasis: Workplace Employment Relations Survey (WERS) 2004

- Science Foundation finanzierte europäische Forschungsnetzwerk „TransEurope“ (www.transeurope-project.org). Ein Teil der britischen Forschung wurde unterstützt durch das vom britischen Economic and Social Research Council finanzierten Forschungsprojekt „Age Diversity at the Workplace“ (grant RES-000-22-2219).
- 2 Die Datengrundlage dieses Beitrags bildet das IAB-Betriebspanel, Wellen 1999-2004. Der Datenzugang erfolgte mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung beim FDZ.
 - 3 Die Workplace and Employment Relations Daten (WERS) (Welle 2004) wurden initiiert vom britischen Department of Trade and Industry, dem Economic and Social Research Council, dem Advisory, Conciliation and Arbitration Service und dem Policy Studies Institute. Das Data Archive an der University of Essex ist der Verteiler der Daten. Der National Centre for Social Research war beauftragt worden, die Daten zu erheben. Keine dieser Organisationen trägt Verantwortung für unsere Analyse und Interpretation der Daten.
 - 4 Aufgrund des unterschiedlichen Erhebungsdesigns sind die Daten somit im strengen Sinne nicht direkt miteinander vergleichbar, erlauben jedoch eine gute qualitative Rekonstruktion der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer in beiden Ländern.
 - 5 Während insbesondere in öffentlichen Debatten die Belegschaftszusammensetzung in der Tat ein manifestes personalpolitisches Problem darstellt, weisen sowohl das Bauwesen als auch das produzierende Gewerbe eine eher geringe faktische Konzentration älterer Arbeitnehmer auf. Existierende Einstellungsmuster spiegeln hier offenbar eher Überbleibsel traditioneller Vorbehalte gegenüber alternden Belegschaften in denjenigen Industriesektoren wider, die in den vergangenen Jahrzehnten einer umfassenden Rationalisierung sowie massiven Frühverrentungstendenzen ausgesetzt waren (vgl. Buchholz 2006).
 - 6 Ursächlich hierfür ist vermutlich die Tatsache, dass größere Unternehmen tendenziell eher strategische Personalplanungs- und Personalmanagementprozesse implementieren bzw. öffentliche Einrichtungen sich eher dem Druck der Politik zur Implementierung von „best practices“ ausgesetzt sehen.
- Bellmann, Lutz, Hilpert, Markus, Kistler, Ernst, Wahse, Jürgen, 2003: Herausforderungen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt und die Betriebe. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkts- und Berufsforschung* 2: 133-149.
- Blossfeld, Hans-Peter, Buchholz, Sandra, Hofäcker, Dirk (Hg.), 2006: *Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society*. London & New York: Routledge.
- Buchholz, Sandra, 2006: *Men's late careers and career exits in West Germany*. S. 55-78 in Hans-Peter Blossfeld, Sandra Buchholz, Dirk Hofäcker (Hg.), *Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society*. London/New York: Routledge.
- Chiu, Warren C. K., Chan, Andy W., Snape, Ed, Redman, Tom, 2001: *Age stereotypes and discriminatory attitudes towards older workers: an East-West comparison*. *Human Relations* 54: 629-661.
- Golsch, Katrin, Haardt, David, Jenkins, Stephen P., 2006: *Late careers and career exits in Britain*. S.183-209 in: Hans-Peter Blossfeld, Sandra Buchholz, Dirk Hofäcker (Hg.), *Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society*. London, Routledge.
- Knuth, M., Büttner, R., Brüssig M. (2006): *Ein längeres Arbeitsleben für alle? Altersübergangsreport 2006-1*, Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik.
- Loretto, Wendy, White, Phil, 2006: *Employers' attitudes, practices and policies towards older workers*. *Human Resource Management Journal* 16: 313-330.
- OECD, 2006: *Ageing and Employment Policies: Live longer, work longer*. Paris.

■ **Dirk Hofäcker, Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)**
Tel.: 0951 / 96525-17
dirk.hofaecker@sowi.uni-bamberg.de

■ **Heike Schröder und Michael Müller-Camen**
Middlesex University Business School, Department of Human Resource Management
H.Schroeder@mdx.ac.uk
M.Muller-Camen@mdx.ac.uk

Neuerscheinungen aus der Sozialberichterstattung

Sozialberichte für Deutschland, Spanien und die Schweiz

Datenreport 2008: Ein Sozialbericht für Deutschland

Wie entwickeln sich die materiellen Lebensverhältnisse und die ökonomische und soziale Ungleichheit in Deutschland? Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Veränderungen ihrer Lebensumstände subjektiv wahr und wie bewerten sie ihre Lebensqualität, z. B. ihre Einkommenssituation oder die Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Wie steht es um die soziale Sicherung, und wo steht Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wenn es um die Lebensqualität der Bürger geht? Antworten auf diese und viele andere Fragen zur aktuellen Situation und Entwicklung der deutschen Gesellschaft gibt der Datenreport 2008, der kürzlich erschienen ist. Herausgeber des Datenreports sind neben dem Statistischen Bundesamt Heinz-Herbert Noll (GESIS – Zentrum für Sozialindikatorenforschung) und Roland Habich (WZB – Zentrales Datenmanagement).

Als ein umfassender Sozialbericht umfasst der Datenreport 2008 mehr als 40 Beiträge zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens der Bürger, die in 16 thematische Bereiche untergliedert sind. Neu gegenüber früheren Ausgaben des Datenreports sind die integrierte, ausschließlich nach Themen strukturierte Gliederung sowie ein großzügigeres Format und Layout. Detailliert untersucht werden unter anderem der demografische Wandel, die Entwicklung und Verteilung der Einkommen, die soziale Sicherung, die Zufriedenheit der Bürger mit verschiedenen Lebensbereichen, die öffentliche Sicherheit, soziale Schichtung und Mobilität, die Situation von Migranten in Deutschland und Einstellungen zu Ausländern, die Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie die politische und soziale Partizipation und Integration. Nicht zuletzt wird in zwei Kapiteln untersucht, wie sich die Lage in Deutschland im europäischen Vergleich darstellt.

Mit seiner umfassenden – empirisch begründeten – Bilanzierung der Lebensverhältnisse in Deutschland stellt der Datenreport Materialien für Lehre und Forschung zur Verfügung, liefert den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft handlungsrelevante Informationen und stellt sich nicht zuletzt der Aufgabe, dem Informationsbedürfnis einer interessierten Öffentlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Neben der über die Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Buchausgabe steht der Datenreport 2008 – komplett oder kapitelweise – auch in einer Online-Version im GESIS-web zum Download zur Verfügung: www.gesis.org/sozialindikatoren.

Barómetro Social de España: Análisis del periodo 1994-2006

Der ‚Barómetro Social de España – Análisis del periodo 1994-2006‘ ist ein neu konzipierter

und im Jahr 2008 erstmals publizierter Report, der vom Colectivo IOÉ, einem unabhängigen Team von Sozialwissenschaftlern, erstellt wurde. Mit diesem Report wird zugleich ein – 180 Sozialindikatoren umfassendes - Indikatorensystem für eine differenzierte Beobachtung der spanischen Gesellschaft präsentiert. Das Ziel dieser neuen Initiative, in Spanien eine Sozialberichterstattung zu etablieren, wird darin gesehen, die Entwicklung der sozialen Situation des Landes kontinuierlich zu beobachten und zu bewerten und damit Grundlagen für die öffentliche Debatte über soziale Fragen zu liefern. Der Bericht umfasst elf Lebensbereiche. Für jeden Bereich werden zunächst die zentralen Dimensionen bestimmt und entsprechende Indikatoren präsentiert, die dann in synthetische Indizes eingehen, welche die Gesamtentwicklung beschreiben. Die Ergebnisse sind als Überblick in einem Einleitungskapitel dargestellt und stichwortartig im Inhaltsverzeichnis zusammengefasst.

Nach der rasanten Modernisierung Spaniens in den ersten 20 Jahren nach dem Übergang zur Demokratie stellt das letzte Jahrzehnt eine Phase der Konsolidierung dar, in der das Land Anschluss an die reicheren europäischen Länder gefunden hat. Insgesamt hat die gute Wirtschaftsentwicklung zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen geführt, doch fördert die Untersuchung der elf Lebensbereiche auch spezifische gesellschaftliche Probleme zutage:

- **Einkommen und Vermögen:** Die Einkommen wachsen, aber die Ungleichheit der Vermögen nimmt leicht zu und die Armut bleibt bestehen.
- **Arbeit:** Die Beschäftigung nimmt zu, doch die Arbeitsbedingungen verbessern sich nicht in gleichem Maße.
- **Gesundheit:** Die europaweit höchste Lebenserwartung und die wachsende Gesundheitsversorgung stehen einer Zunahme der Morbidität gegenüber.
- **Bildung:** Das Bildungsniveau der Bevölkerung steigt weiter und nähert sich langsam dem europäischen Durchschnitt an.
- **Wohnen:** Der Zugang der Bevölkerung zu bezahlbaren Wohnungen war durch den Preisanstieg (vor der Finanzkrise), den auch die Wohnungspolitik nicht stoppen konnte, zunehmend erschwert.
- **Soziale Sicherheit:** Die Sozialversicherungen sind aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung gesichert, doch ist der Anteil der Sozialausgaben am BIP deutlich zurückgegangen und einer der niedrigsten in Europa.
- **Sicherheit und Justiz:** Eine Effizienzsteigerung in der Justiz hat die öffentliche Sicherheit deutlich erhöht.
- **Umwelt:** Alle Indikatoren zum Umweltzustand haben sich stetig verschlechtert, wobei der Wassermangel und die Häufigkeit von Waldbränden besondere drängende Probleme darstellen.
- **Partizipation:** Die Bevölkerung zeichnet sich durch schwankende Wahlbeteiligung, geringes zivilgesellschaftliches Engage-

ment und eine skeptische Haltung gegenüber den politischen Institutionen aus.

- **Internationale Beziehungen:** Die internationale Bedeutung Spaniens wächst aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Immigrantenvölkerung.
- **Gleichberechtigung:** Die Frauen sind besser gebildet und in den Arbeitsmarkt integriert, doch führen die ungleichen Arbeitsbedingungen und die häusliche Arbeitsteilung zu Überarbeitung und höherer Morbidität.

Der Bericht kann unter www.colectivoioe.org heruntergeladen werden. Nähere Informationen und Downloadangebote zu Bericht und Indikatoren finden sich unter www.barometro-social.es.

Sozialbericht 2008: Die Schweiz vermessen und verglichen

Im Dezember des vergangenen Jahres wurde der ‚Sozialbericht 2008: Die Schweiz vermessen und verglichen‘ der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit liegt nun – nach den 2000 und 2004 erschienen Reports - die dritte Ausgabe dieses unter der Leitung von Christian Suter erstellten Sozialberichts für die Schweiz vor. Die Grundlage für die umfassende Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und ökologischen Situation der Schweiz bilden 75 Indikatoren gegliedert in fünf Themenfelder. In Ergänzung dazu umfasst der Bericht analytische Vertiefungsbeiträge von Experten zu verschiedenen Themen. Anders als in den vorigen Berichten wird die Schweiz erstmals in einer ländervergleichenden Perspektive betrachtet. Die Vergleichsländer sind zumeist Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Spanien und die USA, aber auch spezifische Referenzländer (wie etwa Belgien beim Thema der Mehrsprachigkeit) werden einbezogen. Ein beträchtlicher Teil der Indikatoren wurde ersetzt bzw. neu konzipiert, teils aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit, teils infolge der Verfügbarkeit neuer wissenschaftlicher Studien und Erhebungen. Die Daten decken nach Möglichkeit die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts und die ersten Jahre nach der Jahrtausendwende ab, mit aktuellsten Daten bis zum Jahr 2007.

Der neue Report gliedert sich in fünf thematische Bereiche: Kapitel 1 ‚Verteilung sozialer Güter‘ behandelt die ungleiche Verteilung zentraler wirtschaftlicher und sozialer Güter und Chancen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Beruf und Einkommen. Kapitel 2 ‚Kulturelle Vielfalt‘ befasst sich mit der ethnischen, sprachlichen und religiösen Gliederung der Schweiz und den damit verbundenen kulturellen Unterschieden und Ungleichheiten. Kapitel 3 ‚Soziale Integration‘ beschreibt Grad und Form sozialer Einbindung im Mikrobereich von Partnerschaft und Familie, im Bereich sozialstaatlicher Sicherung, im Rahmen freiwilligen Engagements sowie im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Kriminalität. Kapitel 4 ‚Politische Gestaltung‘ untersucht,

wie sich politische Interessen organisieren und artikulieren und wie die politischen Verfahren und Institutionen funktionieren. Kapitel 5 ‚Umwelt und Gesellschaft‘ analysiert den Umgang der Menschen mit ihrer natürlichen Umwelt und den natürlichen Ressourcen. In einem Abschlusskapitel werden die wichtigsten Ergebnisse im Sinne einer Synthese zusammengefasst und Schlussfolgerungen aus den dargelegten Befunden gezogen.

Der Ländervergleich zeigt eine allgemeine Angleichung der gesellschaftlichen Entwicklungstrends, unabhängig von der EU-Mitgliedschaft. Da die Entwicklungstendenzen in der Schweiz denen in den EU-Ländern weitgehend entsprechen und die Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern oft eine mittlere Position einnimmt, lässt sich die verbreitete Betrachtung der Schweiz als „Sonderfall“ aus Sicht der Autoren nicht mehr länger aufrechterhalten. Ein weiterer zentraler Befund des neuen Sozialberichts ist die Feststellung, dass die gesellschaftlichen Ungleichheiten, bezüglich Einkommen und Vermögen ebenso wie zwischen den Bildungsniveaus und den Geschlechtern, weitgehend unverändert geblieben sind.

Der Schweizer Sozialbericht erscheint erstmals nicht nur in deutscher und französischer Sprache („Rapport Social 2008: la Suisse mesurée et comparée“), sondern auch auf Englisch („Swiss Social Report 2008: Switzerland Measured and Compared“). Die im Sozialbericht präsentierten Indikatoren samt den Kommentaren sind als CD-ROM verfügbar und stehen im Internet unter www.sozialbericht.ch zum Download bereit.

Heinz-Herbert Noll und Angelika Scheuer, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -249
heinz-herbert.noll@gesis.org
angelika.scheuer@gesis.org

Neue Webadressen

Im Rahmen der Reorganisation von GESIS wurde die Institutswebseite (www.gesis.org) erneuert. Dadurch haben sich die Adressen der Webangebote des Zentrums für Sozialindikatorenforschung geändert. Die Hauptseite des Zentrums ist nun unter www.gesis.org/sozialindikatoren erreichbar, wo Links zu allen Angeboten bestehen. Die englische Version der Seite des ZSi hat die Adresse www.gesis.org/social-indicators.

Verschiedene Webangebote des ZSi können auch direkt angesteuert werden:

- **Datenreport:**
www.gesis.org/datenreport
- **Informationsdienst Soziale Indikatoren:**
www.gesis.org/isi
- **European System of Social Indicators:**
www.gesis.org/eusi
- **Wohlfahrtssurvey:**
www.gesis.org/wohlfahrtssurvey

Zu jung, zu alt – wenn das Alter zum Problem wird

Diskriminierung aufgrund des Alters in Europa

Schlechterstellung aufgrund des Lebensalters gehört zu den Diskriminierungsformen, welche die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie verbietet. Anlässlich des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ (2007) wurden in den Eurobarometer-Umfragen von 2006 und 2008 Fragen zur Diskriminierung gestellt, die Aufschluss über Chancengleichheit oder Benachteiligung der unterschiedlichen Altersgruppen in Deutschland und Europa geben. Dieser Beitrag untersucht das Problem der Altersdiskriminierung aus der Perspektive der Bürger und zeigt, dass sich hauptsächlich die Gruppe der 50- bis 60-Jährigen mit altersbedingten Benachteiligungen konfrontiert sieht.

Die Ungleichbehandlung oder gar Benachteiligung von Menschen in Arbeit und Beruf aufgrund ihres Alters ist unzulässig. Die europäischen Bürger haben ein Recht auf Gleichbehandlung und auf ein Leben ohne Diskriminierung. Dies ist in der Richtlinie des Rates 2000/78/EG vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – kurz: Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie – festgeschrieben. Die Richtlinie untersagt mittelbare und unmittelbare Diskriminierung, verbessert den Rechtsschutz insbesondere durch die Beweislastumkehr und gewährleistet die Unterrichtung aller Betroffenen. Zudem werden die Fälle definiert, in denen eine Ungleichbehandlung zulässig ist. Das Diskriminierungsverbot bezieht sich auf Unterschiede nach ethnischer Herkunft, Religion oder Glauben, Behinderung, sexueller Orientierung, Geschlecht und Alter. Die im Zusammenhang mit dem „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ durchgeführten Eurobarometer-Meinungsumfragen erheben, inwieweit die genannten Diskriminierungen aus Sicht der Bevölkerung ein Problem in den europäischen Ländern darstellt und inwieweit sie sich selbst benachteiligt fühlen. Im Folgenden wird zunächst die Altersdiskriminierung mit den anderen Diskriminierungsformen verglichen. Nach einer Darstellung der Problemwahrnehmung durch die Bürger wird untersucht, welche Altersgruppen besonders davon betroffen sind und ob es dabei Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt.

Altersdiskriminierung in Europa verbreitet

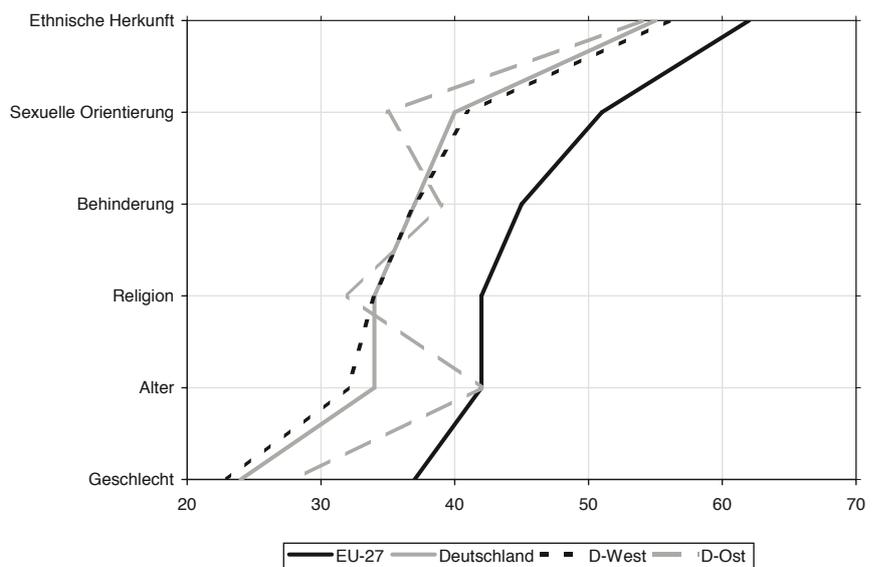
Das Ausmaß der Problemwahrnehmung zur Diskriminierung wird erfasst, indem die EU-Bürger gefragt wurden, wie verbreitet die sechs genannten Diskriminierungsformen in ihrem Land ihrer Meinung nach sind. Die deutschen sowie die europaweiten Ergebnisse aus dem Jahr 2008 sind in Grafik 1 dargestellt. Offensichtlich ist sich ein großer Teil der Bevölkerung des Problems der Diskriminierung aufgrund persönlicher Merkmale und der dadurch bedingten eingeschränkten Chancen-

gleichheit deutlich bewusst. Rund zwei Drittel der Europäer (62%) geben an, in ihrem Land sei Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft verbreitet. Die Hälfte der EU-Bürger sieht Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung (51%) als verbreitetes Problem an, gefolgt von Diskriminierung aufgrund von Behinderung (45%). Etwa gleich viele meinen, Benachteiligung wegen Religion und Alter sei gängig (42%), während Benachteiligung aufgrund von Geschlecht nur von ca. einem Drittel (37%) als verbreitetes Problem wahrgenommen wird. Die Angaben der Deutschen ähneln denen aller Europäer, doch sind die Anteile insgesamt geringer. Diskriminierung ethnischer Minderheiten sieht gut die Hälfte der Deutschen (55%) als sehr oder ziemlich verbreitet an, gefolgt von sexueller Orientierung (40%), Behinderung (37%), Religion

und Alter (je 34%) sowie Geschlecht (24%). Ostdeutsche nehmen Altersdiskriminierung häufiger wahr als Westdeutsche. Auch Diskriminierung aufgrund von Geschlecht wird von ihnen häufiger genannt, Benachteiligung wegen sexueller Orientierung hingegen seltener. Allgemein scheint die Sensibilität für Diskriminierungsformen, die in der Regel Minderheiten treffen (ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion), größer zu sein als für Benachteiligungen, die breite Bevölkerungsgruppen (Geschlecht) oder die Bevölkerung als Ganzes betreffen können (Alter). Diese Beobachtung legt nahe, dass der Begriff Diskriminierung zumeist mit Minderheiten assoziiert wird.

In den EU-Ländern ist das Problembewusstsein für Altersdiskriminierung unterschiedlich stark ausgeprägt. Grafik 2 zeigt die Ergebnisse nach Ländergruppen sortiert. Insgesamt erscheint Altersdiskriminierung in Mittel- und Osteuropa am stärksten verbreitet. Hier geben die Ungarn, die Tschechen sowie die Letten, Slowaken und Litauer überdurchschnittlich häufig an, dass Altersdiskriminierung in ihrem Land verbreitet sei. Bei den Südeuropäern sehen Portugiesen, Griechen und Italiener die Altersdiskriminierung überproportional häufig als verbreitetes Phänomen an. Bei den Westeuropäern sprechen Franzosen und Niederländer häufig von verbreiteter Diskriminierung aufgrund des Alters. Darüber hinaus sagen dies auch überdurchschnittlich viele Briten und Nordiren. Betrachtet man die Anteile derjenigen, die explizit von einer ‚starken‘ Verbreitung der Altersdiskriminierung sprechen, heben sich Ungarn und die Tschechische

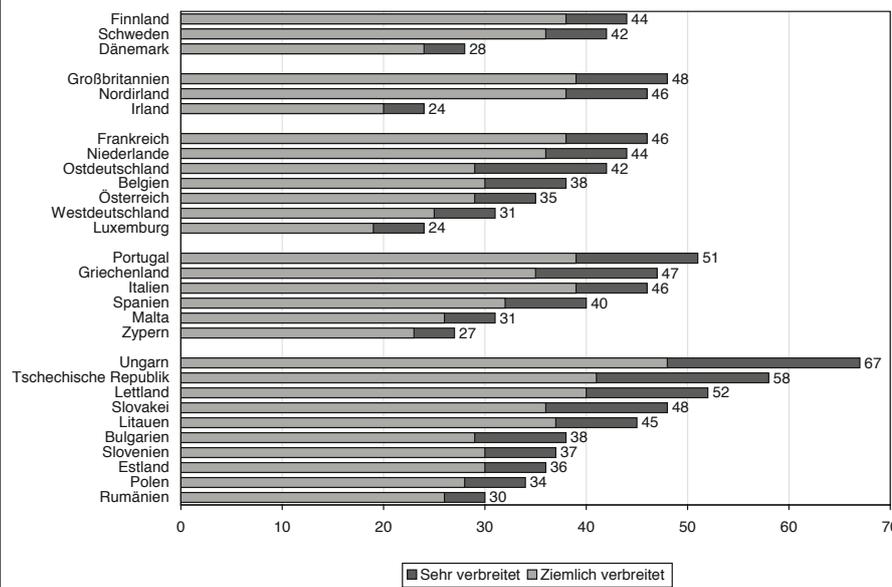
Grafik 1: Wahrgenommene Verbreitung verschiedener Diskriminierungsformen in Deutschland und Europa, 2008



Fragetext: „Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Arten von Diskriminierung, ob sie in Deutschland Ihrer Meinung nach sehr verbreitet, ziemlich verbreitet, ziemlich selten oder sehr selten ist. Wie ist das mit Diskriminierung aufgrund von 1) ethnischer Herkunft, 2) Geschlecht, 3) sexueller Orientierung (z.B. Schwul- oder Lesbischsein), 4) Alter, 5) Religion oder Glaubensbekenntnis, 6) Behinderung?“

Datenbasis: Eurobarometer 69.1 (Februar/März 2008)

Grafik 2: Wahrgenommene Verbreitung der Altersdiskriminierung in den EU-Ländern, 2008



Datenbasis: Eurobarometer 69.1 (Februar/März 2008)

Republik, gefolgt von Ostdeutschland, deutlich von den übrigen EU-Ländern ab.

Die günstigste Zeit beginnt im Alter von 25 Jahren und endet mit 50 Jahren

Die wahrgenommene Verbreitung gibt nicht das faktische Ausmaß des Problems wieder. Das tatsächliche Ausmaß der Altersdiskriminierung kann man näherungsweise mit der Frage erfassen, ob die Bürger (in den vergangenen 12 Monaten) selbst die Erfahrung gemacht haben, aufgrund ihres Alters benachteiligt worden zu sein. Von allen untersuchten Benachteiligungsformen kommt die Diskriminierung wegen Alters am häufigsten vor: 5,8% der EU-Bürger haben diese Erfahrung gemacht. Die anderen Diskriminierungsformen treten seltener auf, doch sind hier auch die Risikogruppen kleiner und umfassen teilweise nur Minderheiten.

In welchem Alter berichten die Menschen nun von selbst erfahrener Benachteiligung? Betrachten wir diejenigen EU-Bürger, die innerhalb der letzten 12 Monate die Erfahrung von Altersdiskriminierung gemacht haben, nach Altersgruppen. Grafik 3 stellt die Anteile für 5-Jahresgruppen im Verhältnis zum Gesamtanteil dar. Altersdiskriminierung kommt vergleichsweise selten bei Menschen vor, die über 25 Jahre und unter 50 Jahre alt sind. In der Gruppe der 50- bis 60-Jährigen nimmt die Häufigkeit von Altersdiskriminierung deutlich zu: Beinahe jeder zehnte EU-Bürger hat Benachteiligung wegen des Alters erfahren. Ab dem Alter von 60 Jahren vermindert sich die Quote wieder auf ein leicht überdurchschnittliches Niveau. Worin die berichtete Altersdiskriminierung im Einzelnen besteht, lässt sich aus den Daten nicht erschließen, es ist jedoch für die 50- bis 60-Jährigen naheliegend, dass es sich um Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt handelt, insbesondere bei Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen.

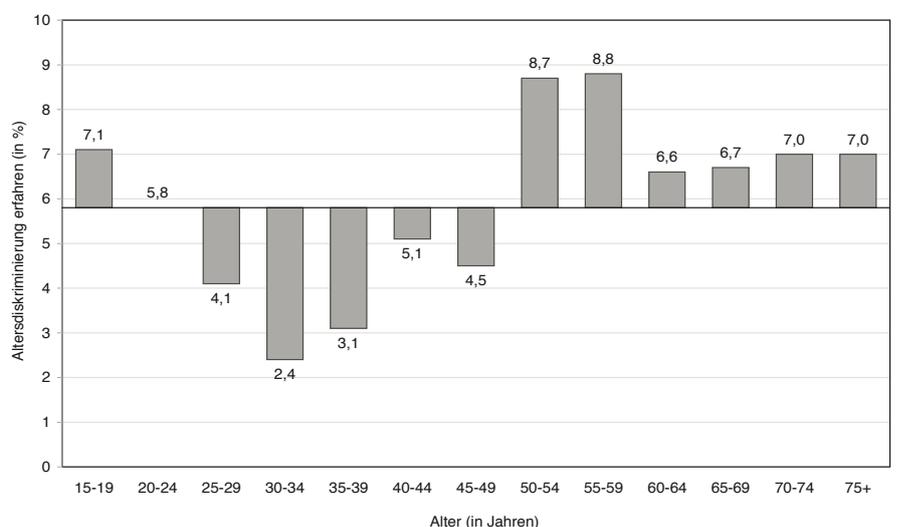
Allerdings steigt das Risiko der Benachteiligung nicht nur jenseits von 50 Jahren. Auch junge Menschen unter 25 Jahren sehen sich häufig aufgrund ihres Alters diskriminiert, und insbesondere Jugendliche unter 20 Jahren. Auch hier kann man über den spezifischen Grund der Benachteiligung nur spekulieren, doch dürfte auf dem Arbeitsmarkt vor allem der Mangel an Wissen und Erfahrung ausschlaggebend sein. Dieser strukturelle Nachteil wächst sich im wahrsten Sinne des Wortes bis zum Alter von 25 Jahren aus. Diese Beobachtung legt jedoch den Schluss nahe, dass man den Begriff der Altersdiskriminierung nicht nur auf Personen über 50 Jahre verengen, sondern auch die

Benachteiligung junger Menschen im Blick behalten sollte.

Altersdiskriminierung in Mittel- und Osteuropa besonders häufig

Nachdem die Altersgruppen mit der häufigsten Diskriminierungserfahrung identifiziert wurden, wird die Häufigkeit des Vorkommens zwischen den EU-Ländern verglichen. Grafik 4 stellt die Anteile derjenigen unter 25-Jährigen bzw. über 50-Jährigen dar, die nach eigenen Aussagen im letzten Jahr aufgrund ihres Alters diskriminiert worden sind. Betrachtet man, in welchen EU-Ländern die Gruppe der 50- bis 60-Jährigen am häufigsten die Erfahrung von Altersdiskriminierung gemacht haben, so stehen wieder die Tschechische Republik und Ungarn an der Spitze, gefolgt von den baltischen Staaten und der Slowakei. Da in diesen Ländern die Transformation und Modernisierung besonders schnell voranschreiten, dürften sich hier vor allem ältere Menschen benachteiligt fühlen, die in den Prozess der Innovation nicht miteinbezogen werden. In anderen post-kommunistischen Ländern, in denen die Modernisierung langsamer anläuft (v.a. Rumänien und Bulgarien) oder die starke Auswanderung aufweisen (Polen), fallen vergleichbare Modernisierungserfolge offensichtlich deutlich schwächer aus. In Südeuropa geben vergleichsweise wenige Bürger dieser Altersgruppe an, Benachteiligung aufgrund ihres Alters erfahren zu haben, am häufigsten noch Italiener und Spanier. Bei den westeuropäischen Ländern liegen die Anteile in Österreich und Ostdeutschland nennenswert über dem EU-Durchschnitt, und bei den atlantischen Staaten haben die Briten am häufigsten selbst Altersdiskriminierung erfahren. In den nordeuropäischen Ländern liegen die Anteile in der Nähe des EU-Durchschnitts.

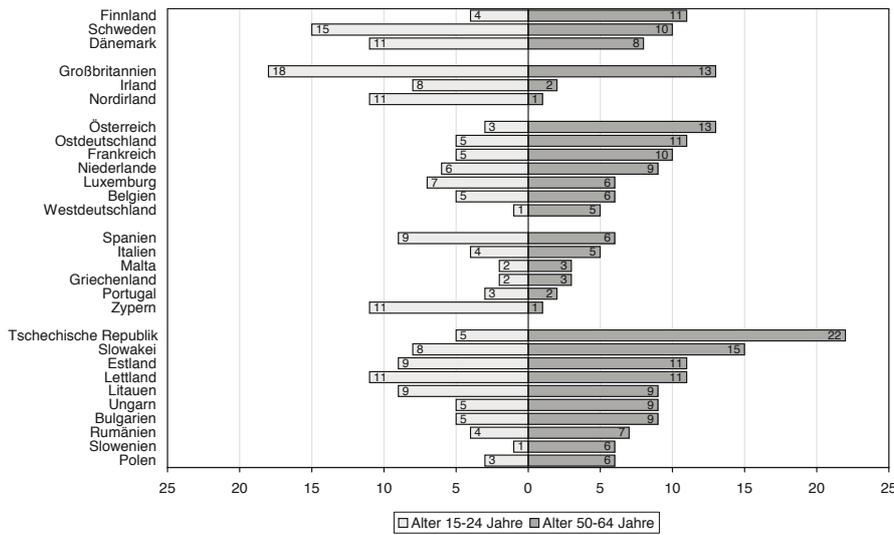
Grafik 3: Eigene Erfahrung mit Altersdiskriminierung: Vergleich der Anteile in den Altersgruppen mit dem Gesamtanteil, EU 2008



Fragetext: „Haben Sie sich in den vergangenen 12 Monaten aufgrund eines oder mehrerer Merkmale auf der folgenden Liste diskriminiert oder belästigt gefühlt? Bitte nennen Sie mir alle Punkte, die zutreffen. War es Diskriminierung aufgrund des Alters?“

Datenbasis: Eurobarometer 69.1 (Februar/März 2008)

Grafik 4: Erfahrung von Altersdiskriminierung bei spezifischen Altersgruppen in den EU-Ländern, 2008



Datenbasis: Eurobarometer 69.1 (Februar/März 2008)

Ein ganz anderes Bild zeigt sich, wenn man die Anteile der unter 25-Jährigen betrachtet, die Erfahrung mit Altersdiskriminierung gemacht haben. Hier finden sich die höchsten Anteile in Schweden und Dänemark sowie in Großbritannien und Nordirland. Aber auch in zwei südeuropäischen Ländern (Spanien und Zypern) sowie in den baltischen Staaten fühlen sich die Jungen in höherem Maße wegen ihres Alters diskriminiert. Diese Zahlen deuten auf Probleme bei der Eingliederung der nachwachsenden Generationen hin, die jedoch weniger ein europaweites als ein länderspezifisches Phänomen darstellen. Die Gründe für die Diskriminierung dieser Altersgruppe mögen heterogener sein als bei der Gruppe der über 50-Jährigen, doch kann eine Ursachenforschung der Benachteiligung Jugendlicher auf der Grundlage der vorliegenden Daten nicht geleistet werden.

Alter wichtig für Bewerberauswahl

Zwar gibt es unterschiedliche Arten der Benachteiligung bestimmter Altersgruppen, doch ist die Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt sicherlich der dominante Aspekt. 69% der Europäer meinen, dass Personen über 50 Jahren allgemein in der Gesellschaft schlechter gestellt sind als Personen unter 50. 77% der EU-Bürger vermuten, Personen über 50 Jahre seien im Beruf – also bei Bewerberauswahl, Weiterbildung und Beförderung – benachteiligt. Und 58% der Befragten geben an, in ihrem Land gelten Personen über 50 als weniger effiziente Arbeitskräfte. Dass diese Einstellungen allgemeiner Konsens in der Gesellschaft sind, zeigt sich daran, dass sich kaum Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen finden lassen.

Die Benachteiligung der jungen Menschen unter 25 Jahren ist im öffentlichen Bewusstsein weniger deutlich verankert. Dass sie in der Gesellschaft benachteiligt seien, glauben nur 20% der Europäer, und auch hier unterschei-

den sich die gesellschaftlichen Gruppen nicht. Dass sie in Arbeit und Beruf benachteiligt sind, meinen immerhin 30% der Befragten und in der betroffenen Altersgruppe sogar 35%. Allerdings unterscheiden sich die Mitgliedsländer hier sehr stark. Die berufliche Benachteiligung der jungen Menschen scheint vor allem in Schweden, Finnland und Dänemark sowie in Frankreich und Belgien am stärksten zu sein. Auch in anderen Ländern, in West- ebenso wie in Osteuropa, sehen rund 30% der Befragten die Menschen unter 25 Jahren als beruflich benachteiligt an. Lediglich in Südeuropa ist das Problembewusstsein geringer.

Wie stark sich das Alter auswirkt, zeigt sich daran, dass Alter (neben der individuellen Erscheinung) nach Einschätzung der Befragten das wichtigste Kriterium ist, das bei der Auswahl von Bewerbern für eine Arbeitsstelle bei gleicher Qualifikation und gleichen Fähigkeiten von Nachteil sein kann (Tabelle 1). Das Alter und das Auftreten des Bewerbers werden dabei von jeweils 53% der Befragten

am häufigsten genannt, dicht gefolgt von einer Behinderung (52%). Erst dahinter folgen die ethnische Herkunft (47%), der Kleidungsstil (40%), die Sprechweise (37%). Die länderweise Betrachtung der Antworten ergibt ein differenzierteres Bild: Jedes Land weist seinen eigenen Mix von Kriterien auf, und nicht überall nimmt das Alter des Bewerbers eine so dominante Stellung ein, sondern steht bisweilen nur an vierter oder fünfter Stelle. Vergleicht man jedoch nur die Häufigkeit der Nennung des Alters zwischen den Ländern, so ergibt sich ein recht klares Bild: Am wichtigsten ist das Alter des Bewerbers in fast allen post-kommunistischen Ländern – und in Deutschland. In Ostdeutschland (75%) ist die Bedeutung des Alters dabei noch größer als im Westen (64%), aber beide Landesteile liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt. Auch Luxemburg und die Niederlande liegen über dem EU-weiten Schnitt, die übrigen westeuropäischen Länder jedoch, gemeinsam mit den Südeuropäern, darunter. Da das Alter vor allem in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas eine so große Rolle spielt, lässt sich vermuten, dass hier eine ganze Generation zugunsten von jüngeren Kandidaten zurückgesetzt wird.

Altersdiskriminierung ist eine Form der Benachteiligung, die eher unauffällig, aber umso wirkungsmächtiger daherkommt. Sie betrifft insbesondere Menschen über 50 Jahren, aber auch die unter 25-Jährigen erleben Benachteiligung aufgrund ihres Alters. Besonders stark ist die Ungleichbehandlung Älterer offenbar in den Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas, und auch Ostdeutschland erweist sich als eine altersselektive Gesellschaft. Benachteiligung kann aber auch Ausdruck von Problemen bei der Integration nachwachsender Generationen sein. In beiden Fällen setzt eine größere Altersgerechtigkeit eine Reduzierung der altersbedingten Benachteiligungen im Berufsleben voraus, wie sie die Umsetzung der EU-Richtlinie verlangt.

■ **Angelika Scheuer, GESIS**
Tel.: 0621 / 1246-249
angelika.scheuer@gesis.org

Tabelle 1: Eigenschaften, die sich bei der Bewerberauswahl negativ auswirken können, 2006

Das Alter des Bewerbers	53,3%
Das Aussehen des Bewerbers, sein Kleidungsstil, seine Erscheinung	53,0%
Eine Behinderung	52,3%
Die Hautfarbe oder ethnische Herkunft des Bewerbers	46,5%
Das Aussehen des Bewerbers, sein Kleidungsstil, seine Erscheinung	40,3%
Die Sprechweise des Bewerbers, sein/ihr Akzent	36,9%
Das Geschlecht des Bewerbers	23,4%
Der Ausdruck einer religiösen Überzeugung (z.B. das Tragen sichtbarer religiöser Symbole)	22,8%
Die sexuelle Orientierung des Bewerbers	19,8%
Ob der Bewerber Raucher ist oder nicht	18,0%
Der Name des Bewerbers	13,9%
Die Adresse des Bewerbers	9,4%

Fragezeit: „Wenn ein Unternehmen in Deutschland jemanden einstellen möchte und dabei die Wahl hat zwischen zwei Bewerbern mit gleichen Fähigkeiten und gleicher Qualifikation, welche der folgenden Kriterien könnten sich Ihrer Meinung nach für einen der Bewerber nachteilig auswirken?“ (Mehrfachnennungen möglich)

Datenbasis: Eurobarometer 65.4 (Juni/Juli 2006)

Herausgeber
GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/sozialindikatoren

Verantwortlich für den Inhalt
Dr. Heinz-Herbert Noll
Redaktion
Dr. Angelika Scheuer

Satz und Druck
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung
Kognito, Berlin

GESIS e.V. ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Call for Papers

9th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies:

„Measures and Goals for the Progress of Societies“

19. – 23. Juli 2009, Florenz

Die neunte Konferenz der International Society for Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wird im Sommer dieses Jahres unter dem Thema „Measures and Goals for the Progress of Societies“ in Florenz stattfinden. Die diesjährige Konferenz steht thematisch und organisatorisch in einem engen Zusammenhang mit dem OECD Global Project „Measuring the Progress of Societies“.

Die internationale Konferenz bietet eine Plattform für unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen zur Präsentation und Diskussion von Beiträgen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Neben verschiedenen Plenarveranstaltungen sind eine Vielfalt von speziellen Tracks/Sessions zu spezifischen thematischen Bereichen und Fragestellungen dieses breiten Forschungsgebietes vorgesehen. Vortragsangebote sollen bis zum 25. Februar 2009 an das Konferenzsekretariat (isqols2009@institutodeglinnocenti.it) eingereicht werden, vorzugsweise über die Website der Konferenz (s.u.).

Eine Serie von Sessions zum Themenbereich „Quality of Life in Europe“ wird von Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt), Walenty Ostasiewicz (Universität Breslau) und Heinz-Herbert Noll (GESIS) organisiert.

Detaillierte Informationen zu dieser Konferenz – einschließlich eines ausführlichen Call for Papers mit einer Liste sämtlicher Tracks/Sessions und Track-/Session-Chairs – finden sich auf der folgenden Website:

www.isqols2009.institutodeglinnocenti.it